

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Hellmut Glubrecht  
Kann man nur für  
oder gegen Kernenergie sein?

Harry Tallert  
Protest als Programm  
Aspekte der Öko-Bewegung

ISSN 0479-611 X

B 26/80  
28. Juni 1980

Hellmut Glubrecht, Dr. Ing., geb. 1917; studierte Physik in Hannover und Göttingen und war bis 1945 in einem Elektroniklaboratorium tätig. 1959 ordentlicher Professor und Leiter des Instituts für Strahlenbiologie (heute Institut für Biophysik) an der Technischen Universität Hannover. 1967 übernahm er zusätzlich die Leitung einer Abteilung für Ökologische Physik der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, München. 1973 bis 1977 stellvertretender Generaldirektor und Leiter der Abteilung Forschung und Isotope in der Atombehörde der Vereinten Nationen (International Atomic Energy Agency) in Wien. Seit 1977 leitet er wieder seine früheren Institute in Hannover.

Veröffentlichungen: Zahlreiche fachwissenschaftliche Publikationen auf dem Gebiete der Strahlenbiologie, der allgemeinen Biophysik und der Isotopentechnik, besonders im landwirtschaftlichen Bereich. Nichtfachwissenschaftliche Publikationen u. a.: Welternährungskrise, ro ro ro aktuell 1147, 1968 (Mitverfasser); Ist unsere Kultur gespalten?, in: Kreuzer (Hrsg.), Literarische und naturwissenschaftliche Intelligenz, Stuttgart 1969; Umweltschutz und Umweltgestaltung, in: Umschau 72, 1972; Das Wachstum der Weltbevölkerung und seine anthropologischen Konsequenzen, in: Neue Anthropologie, Stuttgart 1972.

Harry Tallert, Journalist, geb. 1927 in Beuthen (Oberschlesien); Mitglied der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) von 1955—1965; 1953—1965 Redakteur der Bremer Bürger-Zeitung; 1965—1972 Mitglied des Deutschen Bundestages; 1974 bis 1975 bei den Vereinten Nationen in Genf: Einführung eines deutschsprachigen Informationsprogramms über Nord-Süd-Fragen.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.



## Kann man nur für oder gegen Kernenergie sein?

Würde man heute einen Menschen fragen: „Sind Sie für oder gegen Kohlekraftwerke, für oder gegen die Nutzung der Wasserkraft, für oder gegen Personenkraftwagen, für oder gegen die Herstellung von Pestiziden?“ — so würde man im allgemeinen auf Erstaunen stoßen. Die Antwort würde meistens lauten: „Das kann man doch nicht so einfach beantworten. Jede dieser Technologien hat ihre Probleme und Gefahren, jede hilft aber auch, andere Ge-

fahren und Probleme zu überwinden.“ Bei der Beurteilung der Kernspaltungsenergie gibt es dagegen heute starke Gruppen einmütiger Gegner und ebenso einmütiger Befürworter. Wie ist das zu verstehen? Kann man sich wirklich eindeutig *für* oder *gegen* die Kernenergie aussprechen, ohne in *beiden* Fällen erhebliche Einschränkungen zu machen, wie es in der Tat viele Fachleute und Nichtfachleute heute auch tun?

### Warum man nicht einfach für die Kernenergie sein kann

Es soll hier zunächst davon ausgegangen werden, wie sich die Kernenergie (damit ist im folgenden generell die Energiegewinnung durch Kernspaltung gemeint) dem Nichtfachmann darstellt und welche Argumente für ihn eine rückhaltslose Befürwortung unmöglich machen. Der im Umgang mit Kernenergie, Strahlung und Radioaktivität erfahrene Spezialist wird einige dieser Argumente — freilich nicht alle — entkräften oder zumindest modifizieren können. Davon wird im zweiten Abschnitt die Rede sein.

1. Auf der Kernspaltung beruhen die Atombombe, die furchtbarste Waffe aller Zeiten, und der Kernreaktor, der der Energiegewinnung dient. In beiden Fällen entstehen ungeheure Mengen radioaktiver Stoffe, einmal freilich in Sekunden und völlig offen, das andere Mal in Jahren und Jahrzehnten und im Innern mehrfacher Sicherheitsbehälter. Diese Stoffe senden unsichtbare Strahlen aus, die — in einer früheren Generationen völlig unbekanntem Weise — Lebewesen schädigen, insbesondere Krebs und negative erbliche Veränderungen erzeugen, die sich erst in späteren Generationen voll auswirken. Gewisse Mengen an Radioaktivität treten schon im Normalbetrieb aus Kernkraftwerken aus. Im Fall von Störungen könnten es weitaus größere Mengen sein, die dann zu Tod oder Krankheit unzähliger Menschen führen.

2. Bei vielen radioaktiven Stoffen klingt die Strahlung erst nach Hunderten, Tausenden oder Millionen Jahren ab. Radioaktiv verseuchte Gebiete sind damit einer Art „Feuer“ ausgesetzt, das immer weiter brennt und das man nicht löschen kann.

3. Einen Kernreaktor kann man nicht völlig „abschalten“. Beim Betrieb entstehen im Reaktorkern in den „Brennelementen“, in denen die Kernspaltung abläuft, künstlich radioaktive Stoffe, die „Spaltprodukte“. Schaltet man den Reaktor ab, so senden diese Spaltprodukte weiter Strahlung aus und erzeugen auf diese Weise weiterhin Wärme. Diese Wärmeenergie beträgt etwa 15 % der Leistung, die der Reaktor im Betrieb abgibt. Handelt es sich um einen 1000 Megawatt-Reaktor, so sind das immerhin noch 150 Megawatt. Diese Leistung nimmt nur langsam ab und der Reaktor muß deshalb nach dem Abschalten und Unterbrechen der Kettenreaktion auch weiterhin gekühlt werden. Es ist so, als ob bei einem Kohlekraftwerk die Asche noch weiterbrennen würde.

4. Diese „Asche“ muß auch bei störungsfreiem Betrieb irgendwann beseitigt werden. Sie ist durch die Radioaktivität nicht nur „giftig“, sondern erzeugt auch noch weiterhin beträchtliche Wärme. Wie kann man diesen heißen und strahlenden „Atommüll“ sicher lagern?

5. Aus allem bisher Gesagten muß man den Eindruck gewinnen, daß Kernspaltung und die damit erzeugte Radioaktivität künstlich vom Menschen erzeugte Prozesse sind, die sich in ihren Auswirkungen gegen die Natur, gegen jedes Leben wenden.

6. Seit der Verkündigung des Programms „Atome für den Frieden“ durch die USA vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Jahre 1953 haben die Befürworter der Kernenergie, später dann auch besonders Vertreter der nuklearen Industrie, die Kernspal-



tung als den idealen und problemfreien Weg der Energieerzeugung gepriesen. Nur zögernd wurde zugegeben, daß bei Störfällen doch Menschenleben gefährdet seien, daß Wiederaufbereitung und Endlagerung weitere Probleme mit sich bringen, daß Kernkraftwerke im Kriegsfall eine besondere Gefahrenquelle bilden können und daß die weltweite Verbreitung der Kernenergie nicht unabhängig von dem Problem der Weiterverbreitung nuklearer Waffen gesehen werden kann. Große Teile der Öffentlichkeit fühlten sich damit getäuscht. Warum hatte man nicht von Anfang an gesagt, daß es sich hier nicht um eine „völlig gefahrlose“ Technologie handelt? Der Verdacht kam auf und hält an, daß es sich bei der Entwicklung der Kernenergie in erster Linie um ein wirtschaftlich lohnendes Geschäft bestimmter Großindustrien handelt, bei dem auf das Gemeinwohl wenig Rücksicht genommen wird.

7. Dieser Verdacht wird noch bestärkt durch die Art und Weise, in der in Werbeschriften für Kernenergie die Alternativen zur Energiegewinnung aus „nicht erschöpfbaren“ Quellen behandelt werden, also Sonnen-, Wind-, Wellen-, Gezeitenenergie, Energie aus Erdwärme oder aus zusätzlich erzeugter Biomasse. Natürlich weiß jeder, daß das alles Zukunftsprojekte sind, aber der Pessimismus, mit dem enthusiastische Kernenergiebefürworter diese technischen Möglichkeiten abqualifizieren, ist — gelinde gesagt — befremdend. Man fragt sich, wie es mit der Entwicklung der Kernenergie vorangegangen wäre, wenn man in den fünfziger Jahren, als diese Technik sich selbst noch im Entwicklungsstadium befand, ähnlich reserviert oder gar ablehnend über sie geurteilt hätte. Statt dessen hat man — wie allgemein bekannt — Milliardenbeträge an öffentlichen Geldern für ihre Entwicklung bereitgestellt, eine Förderung, wie sie auch nicht annähernd einem alternativen Energieerzeugungsprogramm zuteil wurde. Nicht einmal die aufwendige, aber als Langzeitlösung günstigere Schwester der Kernspaltung, die Kernverschmelzung (Fusion), hat so umfangreiche finanzielle Hilfe erhalten.

8. Die Gefahr einer Entwendung von Kernbrennstoffen, z. B. durch Terroristen, auch das Problem der Sabotage in kerntechnischen Anlagen, erfordern außerordentliche Schutz- und Bewachungsmaßnahmen, einschließlich sorgfältigster Kontrolle aller in solchen Anlagen

Beschäftigten. Führt das nicht notwendigerweise in einen totalen Polizeistaat?

9. Bringt die Kernenergie am Ende wirklich wirtschaftliche Vorteile? Kann sie vor allem einen Ersatz für Erdöl bieten? Auch wenn man zugesteht, daß weiteres Energiewachstum selbst in den Industrieländern erforderlich ist, so ist der Beitrag, den die Kernenergie liefern kann, doch nur „begrenzt verwendungsfähig“ im wesentlichen zur Deckung der Grundlast an elektrischer Energie. Nun werden zur Zeit nur 27 % der Primärenergie in elektrische Energie umgewandelt, (mit einem Wirkungsgrad von 30—35 %). An der Endenergie, d. h. der für praktische Zwecke zum Einsatz kommenden Energie, ist elektrische Energie („Strom“) nur mit 10—15 % beteiligt. Die Hauptursache dafür ist, daß weit mehr als die Hälfte der Endenergie als Wärme gebraucht wird. Elektrischen Strom für Heizzwecke zu verwenden, ist aber unwirtschaftlich, da bei seiner Erzeugung im Kraftwerk 65—70 % der Primärenergie als „Abwärme“ verlorengehen. Elektrische Energie sollte deshalb nur dort eingesetzt werden, wo „hochwertige“ Energie gebraucht wird (Antrieb von Motoren, Beleuchtung, elektronische Geräte u. ä.). Die Energiekrise, die vor allem aus der Verknappung und Verteuerung von Erdöl entsteht kann deshalb offenbar durch Kernenergie gar nicht überwunden werden.

Dieser Katalog von Argumenten gegen die Kernenergie ist sicher nicht vollständig. Er umfaßt aber diejenigen Punkte, die besonders ernst zu nehmen sind. Ernst zu nehmen sind deshalb auch diejenigen, die sie vorbringen. Sicherlich gibt es hier und da Gruppen von Kernenergiegegnern, bei denen der „Kampf gegen die Kernenergie“ weniger durch Argumente bestimmt ist, wie sie hier vorgetragen wurden, sondern politische Motivationen eine Rolle spielen. Die überwiegende Mehrheit derer, die sich heute gegen einen weiteren Ausbau der Kernenergie wenden, ist aber zweifellos von ernster Sorge erfüllt.

Ein beträchtlicher Teil dieser Sorgen ist jedoch — wie sich zeigen läßt — sachlich unbegründet. Völlig aus dem Weg räumen lassen sich die aufgezeigten Probleme aber nicht; und ein unkritisches Eintreten für die Kernenergie — so als ob es sich hier um eine ideale und endgültige Lösung des Energieproblems handele — kann auch der Fachmann nicht verantworten.



## Warum man nicht einfach gegen die Kernenergie sein kann

Unter den neun Argumenten, die gegen die Kernenergie vorgebracht wurden, ist eines, das mehr abgeleiteten Charakter hat, nämlich das der „Unmenschlichkeit“ (Nr. 5). Gerade dieser Eindruck dürfte aber am nachhaltigsten diejenigen Menschen bestimmen, die aus tiefer Überzeugung einem der wichtigsten und positivsten Trends unserer Zeit folgen: der Erkenntnis, daß wir technischen Fortschritt nicht gegen, sondern nur im Einklang mit unserer natürlichen Umwelt durchsetzen dürfen.

Niemand wird bestreiten, daß wir *nicht* weiter — wie in den letzten Jahrzehnten — unbedacht Hunderttausende neuer chemischer Stoffe erzeugen und auf Mensch und Umwelt „loslassen“ dürfen; daß wir Abfälle nicht beliebig anwachsen lassen und wegwerfen dürfen; daß wir die Erdoberfläche nicht ohne sorgfältigste Planung mit Straßen und Siedlungen überziehen dürfen; daß es nicht angeht, unsere Böden, die wir für die langfristige Sicherung unserer Ernährung brauchen, beliebig auszulaugen — die Reihe der umweltschädlichen Maßnahmen durch unbedacht angewendete Technik ließe sich beliebig verlängern. Niemand aber würde daran denken, die Energieerzeugung durch Wasserkraft oder durch Verbrennung fossiler Stoffe ohne weiteres hier einzureihen. Hier handelt es sich — so wird man sagen — um uralte Technologien, die sich ganz natürlich ergeben.

Es kann nun aber nicht nachdrücklich genug betont werden, daß Radioaktivität und die damit verbundene „ionisierende“ Strahlung auch keineswegs nur künstliche Produkte der Wissenschaft und Technik sind (wie es für die Mehrzahl der heute genutzten chemischen Stoffe gilt), sondern daß sie Bestandteile unserer Umwelt bilden, die älter sind als das Leben auf dieser Erde und die bei der Entwicklung des Lebens bis hin zum Menschen aller Wahrscheinlichkeit nach sogar eine nicht unwichtige Rolle gespielt haben.

Die Mengen natürlicher radioaktiver Stoffe in Luft, Wasser und den oberen Bodenschichten sind heute noch mehr als zehnmals so groß wie die gesamte bislang durch Kernergietechnik erzeugte künstliche Radioaktivität. Der Mensch ist seit seiner Entstehung auf dieser Erde durch diese Umweltradioaktivität einer natürlichen Strahlenbelastung ausgesetzt. Zu dieser tragen auch noch radioaktive Elemente bei, die sich von Natur aus in unserem Körper

befinden; und schließlich kommt noch die sogenannte Höhenstrahlung hinzu, die biologisch in der gleichen Weise wirkt wie die Strahlung radioaktiver Stoffe.

So wie man die Belastung durch chemische Substanzen etwa durch die Zufuhr in mg/Jahr angeben kann, mißt man die Strahlenbelastung durch die Strahlendosis/Jahr. Die dafür verwendete Einheit Millirem (mrem) ist so definiert, daß die natürliche Strahlenbelastung sich im Mittel zu etwa 100 mrem/Jahr ergibt. Dieser Wert ist jedoch keine Konstante, sondern er schwankt je nach der geologischen Struktur des Untergrundes, auf dem man sich befindet, als Folge verschiedener Baumaterialien von Häusern und ferner als Folge der Höhenlage zwischen etwa 70 und 150 mrem/Jahr. Es gibt auf der Erde einige Gebiete, in denen sogar das zehnfache dieser Werte gemessen wird.

Es ist bisher nicht gelungen nachzuweisen, daß Menschen, die in diesem Rahmen einer verschieden hohen Strahlenbelastung ausgesetzt sind, irgendwelche gesundheitlichen Veränderungen aufweisen. Alles spricht dafür, daß sich der Mensch im Laufe seiner Entwicklung diesem natürlichen Umweltfaktor ebenso angepaßt hat wie all den anderen, denen er ausgesetzt ist (z. B. auch einer gewissen Menge ultravioletter Strahlung). Die sogenannte „künstliche“ Radioaktivität, die bei der Kernspaltung entsteht, ist aber in ihrem Wesen von der „natürlichen“ Radioaktivität so wenig verschieden, wie das Feuer, das wir im Ofen entzünden, von dem eines Waldbrandes oder eines Vulkans.

Radioaktivität ist also der Qualität nach ein natürlicher Umweltfaktor. Gefahren entstehen erst durch zu große Quantitäten. Es erscheint wenig sinnvoll, einen großen Aufwand um einige mrem/Jahr Strahlenbelastung durch Kernenergieerzeugung zu machen, gleichzeitig es aber jedem Menschen freizustellen, sich aus einem sandigen Flachlandgebiet mit niedriger Umweltradioaktivität ins granithaltige Gebirge zu begeben, wobei er u. U. 50—60 mrem/Jahr mehr ausgesetzt ist. Schon der Umzug aus einem Holz- oder Ziegelsteinhaus in einen Betonbau kann die „natürliche“ Strahlenbelastung um 10—20 mrem/Jahr erhöhen. Hinzu kommen künstliche Strahlenbelastungen aus anderen Quellen: Fernsehen, längere Jet-Flüge und vor allem Röntgenuntersuchungen, die wir entweder



nicht vermeiden wollen oder nicht vermeiden können. Diese „zivilisatorische“ Strahlenbelastung kann bis zu 50 mrem/Jahr betragen.

Ist die Kernspaltung, wie sie im Reaktor vor sich geht, nicht aber ein erst von der Technik eingeführter Prozeß? Seit einiger Zeit wissen wir, daß zumindest an einer Stelle der Erde, an der Uranlagerstätte Oklo im afrikanischen Staate Gabun, vor etwa 1,7 Milliarden Jahren eine natürliche Kernspaltungsreaktion abgelaufen ist, die etwa eine Million Jahre anhielt. Die Endprodukte dieses Prozesses, die allerdings längst nicht mehr radioaktiv sind, lassen sich in der Umgebung nachweisen. Durch umfangreiche Messungen hat man in weitem Umkreis um diese Region festzustellen versucht, ob und in welchem Umfange sich die Spaltprodukte dieses „natürlichen Reaktors“ in die Umgebung ausgebreitet haben. Dies ist ja bekanntlich die Befürchtung, die in Hinblick auf die Lagerung radioaktiver Abfälle aus Kernkraftwerken geäußert wird. Es hat sich jedoch gezeigt, daß sogar in diesem Falle, in dem ja keine Schutz einschließungsmaßnahmen erfolgt sind, die meisten Spaltprodukte praktisch am Orte verblieben sind.

Aus all diesen Tatsachen ergibt sich, daß es ein bewußtes oder unbewußtes, aber auf jeden Fall falsches Vorurteil ist, wenn man meint, bei der Kernenergie handele es sich um völlig naturfremde, erst vom Menschen in die Welt gebrachte Prozesse. Die Energiegewinnung aus Kernreaktionen ist nicht mehr und nicht weniger unnatürlich als die Nutzung der Wasserkraft oder die Verbrennung von Kohle oder Öl bei hohen Temperaturen. Im vom Menschen nicht beeinflussten Haushalt der Natur kommen all diese Prozesse nicht vor. Will man dem Beispiel der Natur folgen, so kann man nur auf die Solarenergie zurückgreifen (und wird es früher oder später auch sicher in großem Ausmaße tun!).

Von dieser allgemeinen Betrachtung ausgehend kann man nun die anderen, im ersten Abschnitt vorgebrachten Argumente, analysieren.

Zu 1: Atombombe und Kernreaktor sind voneinander so verschieden wie die Wassermassen eines Sees und der in feine Tröpfchen verteilte Wassergehalt eines Wolkengebietes. Eine Atombombe besteht bekanntlich aus einer konzentrierten Menge von spaltbarem Material (Plutonium oder Uran—235). Das im Reaktorkern über ein größeres Volumen verteilte spaltbare Material kann ebensowenig wieder zusammenkommen, wie sich die Was-

sertröpfchen in einer Wolke zu einer geballten Wassermenge zusammenschließen können, die beim Hinunterstürzen auf die Erde ganz andere verheerende Wirkungen haben würde als selbst der heftigste Regenfall. Eine „Kernexplosion“ ist also in einem Kernkraftwerk aus naturgesetzlichen Gründen nicht möglich.

Richtig ist, daß man von der Strahlung, die bei einer Kernreaktion auftritt und dann weiterhin von der der radioaktiven Abfälle erst seit etwa 80 Jahren etwas weiß. Die umfassenden wissenschaftlichen Erkenntnisse, die sich nach der Entdeckung der Radioaktivität einstellten, wurden in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt. Sie wurden vor allem im Rahmen der medizinischen Strahlenkunde gewonnen.

Wir wissen heute aber auch, daß es *keine* Wirkungen ionisierender Strahlen gibt, die sich nicht auch durch Chemikalien oder andere physikalische Faktoren hervorrufen lassen. Es gibt Hunderte, vielleicht sogar Tausende chemischer Verbindungen, die genau wie ionisierende Strahlen Krebs, Leukämie und erbliche Veränderungen (Mutationen) beim Menschen hervorrufen. Dabei handelt es sich nicht um seltene, ausgefallene Stoffgruppen, sondern in erheblichem Ausmaß um solche, die heute schon in nennenswerter Konzentration in unserer Umwelt vorhanden sind. Als Beispiele seien Benzpyren, Formaldehyd, Äthylenoxid und Nitrite genannt. In industriellen Ballungsgebieten beträgt die cancerogene und mutagene Belastung des Menschen durch diese Substanzen heute schon ein Mehrfaches der natürlichen Strahlenbelastung und liegt damit um ein bis zwei Größenordnungen über der Strahlenbelastung durch Kernkraftwerke im Normalbetrieb.

Störfälle in Anlagen, die solche Stoffe verarbeiten, stellen zweifellos ein höheres Risiko dar als Reaktorunfälle. Seveso war dafür noch ein vergleichsweise harmloses Beispiel. Es ist unverständlich, wie hier in der Öffentlichkeit gegenüber der Kernenergie mit verschiedenen Maßstäben gerechnet wird.

Zu 2.: Selbst die langlebigsten radioaktiven Stoffe klingen mit der Zeit ab; Thallium, Cadmium, Blei und auch toxische Verbindungen z. B. in Pesticiden tun dies nicht. Ein damit verseuchtes Gebiet läßt sich erheblich schwerer „entseuchen“ als ein radioaktives, in dem noch die kleinste verbleibende Restaktivität in einfachster Weise gemessen und kontrolliert werden kann. Diese leichte Nachweisbarkeit, die es möglich macht, die Verseuchungsgefahr



zu erkennen, ihr auszuweichen und Pollutionen quantitativ zu beseitigen, ist ein Grund dafür, daß Hiroshima und Nagasaki heute wieder bewohnte Städte sind.

Zu 3 und 4: Die im Kernreaktor nach Abschalten verbleibende beträchtliche „Restleistung“ — als Folge der in den Brennelementen beim Betrieb gebildeten Radioaktivität — ist einer der Hauptgründe für die umfassenden Sicherheitseinrichtungen, die ein Kernkraftwerk erfordert. Das Problem, das hier zweifellos für die Kernindustrie besteht, setzt sich in der Wärmeentwicklung des „Atom Mülls“ fort und muß ernst genommen werden.

Es handelt sich jedoch auch hier nicht um eine grundsätzlich neue Problematik. Daß etwas „auf keinen Fall versagen darf“, ist in der modernen Technik eine durchaus vertraute Forderung: Man denke nur an einen Staudamm (der dann gelegentlich doch bricht), an die elektronischen Kontrollsysteme eines Großflugzeuges, an Großbehälter für giftige Gase, z. B. Chlor. Selbst ein schwerer Reaktorunfall weist gegenüber den genannten Gefahrenquellen sogar einen Unterschied in anderer Richtung auf: Wenn die Gefahr einer nuklearen Verseuchung bemerkt wird, ist es nicht „schon zu spät“. Irreversible Strahlenschäden treten erst nach einer gewissen Dosis auf, die der Mensch — zumindest wenn er außerhalb einer nuklearen Anlage lebt — erst nach einer gewissen Zeit erhalten hat (auch hier ein ganz fundamentaler Unterschied zur nuklearen Explosion). In vielen Fällen wird hinreichend Zeit bleiben, das gefährdete Gebiet zu verlassen. Die radioaktiven Abfälle sind auch nur zu einem kleinen Teil so konzentriert, daß sie zu hohen Temperaturen führen.

Bei der vorgesehenen Wiederaufarbeitung fallen pro Jahr pro Kernkraftwerk 120 m<sup>3</sup> schwach- oder mittelaktive Abfälle an, die praktisch keine Wärme entwickeln; das Volumen der hochradioaktiven Abfälle beträgt demgegenüber nur ca. 2,5 m<sup>3</sup> pro Jahr und Kraftwerk in Form von Glasblöcken, die bekanntlich in Salzstöcken oder in Granit eingelagert werden sollen. Auch hier wird deutlich, daß alle Probleme der Kernenergie quantitativer Natur sind: Werden sehr viele Kernkraftwerke über sehr lange Zeiten hin betrieben, so kann die Menge radioaktiven Abfalls ein nicht mehr akzeptables Ausmaß erreichen. Es ist ohne weiteres verständlich, daß die Überwachung zu vieler Lagerstätten immer größere Probleme aufwirft. Solche Erscheinungen sind auf technischem Gebiet nichts Neues. Man

brauch sich nur einmal vorzustellen, daß in unseren industrialisierten Ländern der Individualverkehr auf das Zwei- oder Dreifache zunähme. Selbst mit extremem Ausbau der Verkehrswege und der Sicherheitsmaßnahmen im Verkehr dürfte er dann kaum noch zu meistern sein.

Andererseits dürfte — und damit wird der 5. Punkt des ersten Abschnitts noch einmal aufgegriffen — klargeworden sein, daß die Kernergietechnik nichts mit sich bringt, das in unserer hochindustrialisierten Welt etwas völlig Neuartiges darstellt und Kennzeichnungen wie „teuflisch“ rechtfertigen würde. Es handelt sich um die Nutzung einer *natürlichen* Energiequelle; die Kernenergie ist nicht ein *qualitatives*, sondern ein *quantitatives* Problem.

Die weiteren oben genannten Argumente, die eine Stellungnahme „für“ Kernenergie erschweren, sind eigentlich gewichtiger und vor allem auch psychologisch verständlicher:

Zu 6: Der Versuch, die Kernergietechnik als etwas Besseres und Vollkommeneres darzustellen als alle übrigen Technologien, hat sicher dazu geführt, daß heute der Kampf gegen die genau entgegengesetzte Meinung geführt werden muß. Psychologisch ist zu verstehen, daß sich in den fünfziger Jahren bei den Fachleuten so etwas wie eine Kernenergiebegeisterung entwickelte. In den ersten zwei Jahrzehnten unseres Jahrhunderts war die Struktur der Atome und dann auch der Atomkerne mehr und mehr aufgeklärt worden. Es schien möglich, Energie aus Reaktionen der Atomkerne zu gewinnen. Allerdings dachte man dabei vorwiegend an Prozesse wie sie heute mit der „Kernfusion“ verfolgt werden und technisch ja noch nicht nutzbar sind. Hahns Entdeckung der Kernspaltung 1938 zeigte dann plötzlich einen anderen, vorher noch gar nicht vorausgesehenen Weg, das Ziel einer Energiegewinnung durch Kernreaktionen zu erreichen.

Dann präsentierte sich 1945 die neue Entdeckung der Welt zuerst in der Form der Atombombe, für die meisten Wissenschaftler und Ingenieure ebenso ein Schock wie für die ganze übrige Welt. Das „Atoms for Peace“-Programm war ein Versuch, die frühere Begeisterung wieder zu wecken und den „militärischen Schandfleck“ vergessen zu machen. Dabei verstieß man gegen die Erfahrung, daß historische Fakten ebenso real sind wie naturwissenschaftliche. Daß wirtschaftliche Interessen zu dieser psychologischen Motivation hinzutra-



ten, ist wohl kaum zu leugnen. Darauf wird noch einmal zurückzukommen sein.

Zu 7: Die allzu pessimistische Beurteilung alternativer Energietechnologien seitens der Atomindustrie ist eine echte Gefahr, da sie die dringend erforderliche Forschung auf diesem Gebiete behindern kann. Ebenso ist es freilich höchst gefährlich, wenn Kernenergiegegner heute den Eindruck zu erwecken suchen, die „soft technologies“ (Sonnen-, Wind-, Biomassen-Energie usw.) wären heute oder in aller nächster Zukunft schon in einem solchen Ausmaße verfügbar, daß wir auf Kernenergie verzichten könnten. Selbstverständlich war es ein Planungsfehler, Forschungsmittel im Energiesektor in den letzten Jahrzehnten fast nur auf die Kernspaltung zu konzentrieren. Eine etwas stärkere Förderung, z. B. von Sonnenenergieprojekten zu einem früheren Zeitpunkt, hätte heute schon beträchtliche Früchte tragen können. Die Konsequenz, jetzt das Gebäude der Kernenergie einzureißen und lieber auf der Straße zu liegen, bis ein neues, schöneres Bauwerk der „erneuerbaren Energiequellen“ errichtet ist, ergibt sich daraus jedoch nicht.

Berechtigt ist übrigens die Warnung, sich für die Zukunft nicht allzusehr auf fossile Energieträger zu verlassen. Selbst wenn, wie bei der Kohle, die Vorräte noch beträchtlich sind, selbst wenn ein Teil der bei Kohleverbrennung emittierten Schadstoffe (darunter auch Radioaktivität!) durch neue technische Maßnahmen zurückgehalten werden können, so bleibt doch die Bildung riesiger Mengen von Kohlendioxid, die unvermeidlich globale Auswirkungen auf Klima und Umwelt zur Folge hat. Es ist dringend erforderlich, sich klarzumachen, daß Kernkraftwerke Umweltschäden nicht im Normalbetrieb, sondern nur bei ernsteren Störfällen verursachen. Die Kohleverbrennung im Großmaßstab (ebenso wie die anderer fossiler Brennstoffe) führt dagegen schon im Normalbetrieb zu irreversiblen Umweltveränderungen durch Erhöhung des Kohlendioxidgehaltes der Atmosphäre und damit zur Störung des seit Bestehen der Erde vorhandenen Strahlungsgleichgewichtes.

Zu 8: Wie ernst die Gefahr einer Entwendung spaltbaren Materials, aus dem dann Atombomben hergestellt werden könnten, schon seit Jahren genommen wird, kann man daraus ersehen, daß die Vereinten Nationen eine eigene Einrichtung zur internationalen Überwachung des Spaltstoff-Flusses, d. h. eine Kontrolle des Verbleibs von Plutonium und Uran 235, bei der Atombehörde in Wien geschaffen

haben. Es wird oft behauptet, daß diese „Safeguards-Abteilung“ zu klein und nicht effizient genug sei. Es besteht aber kein prinzipielles Hindernis, sie zu vergrößern. Viel wichtiger ist, daß über hundert Nationen diese Kontrollmaßnahmen, die doch immerhin einen Eingriff in die nationale Souveränität bedeuten, freiwillig akzeptiert haben.

Zu dem gesamten sehr ernstesten Problem der Weiterverbreitung der Herstellung von Kernwaffen (der „Proliferation“) sind zwei Bemerkungen zu machen: Kernkraftwerke und der zu ihnen gehörende Brennstoffzyklus sind weder eine notwendige Voraussetzung noch ein sehr geeignetes Hilfsmittel zur Herstellung atomarer Waffen. Alles Material für Atombomben ist bisher auf andere Weise — über kleine, dafür geeignete Reaktoren — erzeugt worden. Zweitens kann man sich gar nicht oft genug ins Gedächtnis zurückrufen, daß Tausende fertiger nuklearer Waffen heute an verschiedensten Stellen der Erde lagern. Die Entwendung auch nur eines solchen Sprengkopfes wäre eine sehr viel ernstere Bedrohung als jede behelfsmäßig konstruierte „Atombombe“.

Natürlich werden die Atomwaffenlager militärisch streng bewacht, ebenso wie bei den 231 heute in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken Sicherungs- und Schutzmaßnahmen gegen Sabotage und Terrorismus getroffen sind. Brächte dies die Gefahr eines „atomaren Polizeistaates“ mit sich, so hätte sich das allerdings schon bemerkbar machen müssen. Bisher ist die Polizei im größeren Umfange nur dort in Erscheinung getreten, wo radikale Kernenergiegegner glaubten, die sachliche Diskussion mit anderen als den hierfür reichlich vorhandenen legalen Hilfsmitteln führen zu müssen. Es wäre in diesem Zusammenhang vielleicht lohnend, einmal zu vergleichen, in welchem Ausmaße Sicherheitskräfte in anderen Zweigen der Industrie eingesetzt sind.

Zu 9: Es ist richtig, daß der Ausbau der Kernenergie in der derzeitigen Form kein direktes Mittel zur Überwindung der Erdölkrise darstellt, zumindest nicht in Deutschland, wo Erdöl kaum zur Stromerzeugung verwendet wird (in Japan und in vielen Entwicklungsländern ist es freilich anders). Zu erwägen ist allerdings, ob nicht auch der Bau von Kernkraftwerken dem von Kohlekraftwerken vorzuziehen ist, da dadurch die oben erwähnte, langfristige extrem gefährliche Vermehrung des Kohlendioxids vermieden wird und überdies Rohstoffe erhalten bleiben, die nicht zu ersetzen sind.

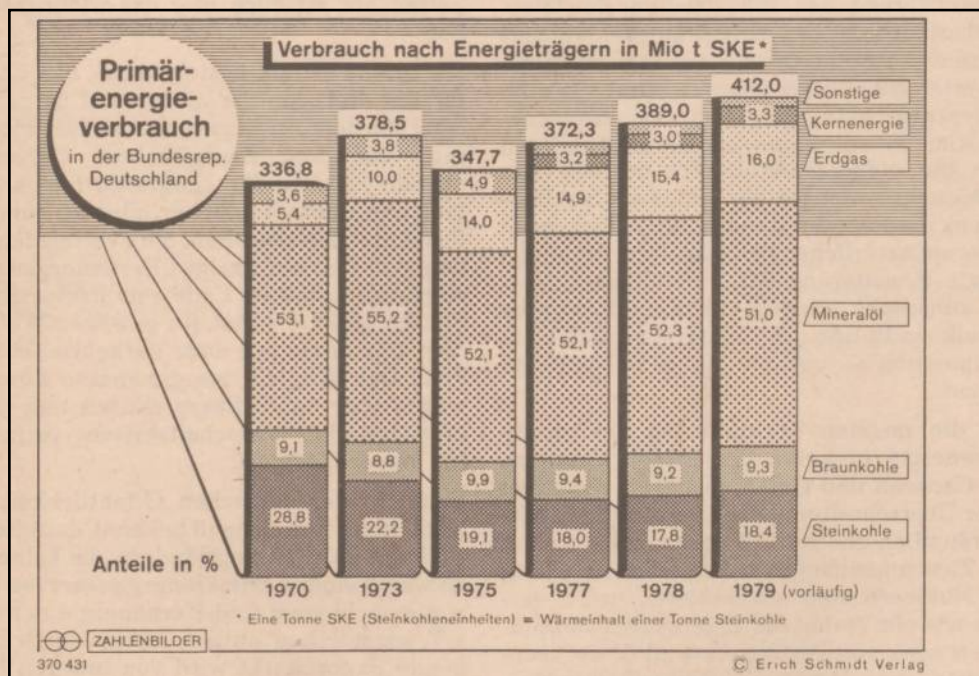


Bei der immer noch anhaltenden Zunahme der Weltbevölkerung müssen wir damit rechnen, daß mehr und mehr Kohle, Öl und Erdgas zur Herstellung anderer wichtiger Produkte wie Kunststoffe, Kleidung, pharmazeutischer Produkte und u. U. sogar Nahrungsmitteln benötigt werden. Uran, wie es im Reaktor verwendet wird, ist für andere Zwecke nur in sehr geringem Umfange zu nutzen. Die in ihm enthaltenen spaltbaren Anteile machen sowieso nur weniger als 1% aus. Für sie kennt man überhaupt keine andere Verwendung als die Erzeugung von Energie (und natürlich den militärischen Einsatz). Deshalb gibt es gar keine Alternative, diesen Rohstoff für andere Zwecke als für die direkte Erzeugung elektrischer Energie zu nutzen; und elektrische Heizung mit Strom aus Kernkraftwerken ist deshalb etwas grundsätzlich anderes als mit Strom aus Kraftwerken, in denen Kohle oder Öl verbrannt wird, die man ohne weiteres

auch direkt zur Wärmeerzeugung nutzen könnte. Im übrigen kann die elektrische Heizung, z. B. durch Wärmepumpen, heute auch schon sehr viel effizienter gemacht werden, insbesondere gerade in Verbindung mit Sonnenenergie — ganz zu schweigen von der sprichwörtlichen Sauberkeit und Betriebssicherheit der elektrischen Energie.

Richtig und wichtig ist allerdings, daß die bei der Kernspaltung im Reaktor entstehende Wärmeenergie noch vollständiger genutzt werden könnte. Weitaus bessere Möglichkeiten dazu als die zur Zeit fast ausschließlich genutzten Leichtwasserreaktoren bieten neue Konzepte wie z. B. der vorwiegend in Deutschland entwickelte Hochtemperaturreaktor.

Der Impuls, auch im Rahmen der Kernspaltungstechnologie nach neuen und besseren Lösungen zu suchen, wird sicher durch die



### Trendumkehr beim Energieverbrauch?

Erstmals seit 1974 ist im vergangenen Jahr wieder eine deutlichere Veränderung der Energieverbrauchsstruktur eingetreten. Zwar stieg der Mineralölverbrauch noch einmal weiter an (auf 210 Mio. t Steinkohleneinheiten), doch blieb der Zuwachs hinter dem des gesamten Energieverbrauchs zurück. Der Anteil des Mineralöls an der Energieversorgung, der vor der Ölkrise einen Höchstwert von über 55% erreicht hat, sank demzufolge auf 51%. In erster Linie war diese Entwicklung auf den fast stagnierenden Absatz von Motorenbenzin sowie leichtem und schwerem Heizöl zurückzuführen. Zugleich gelang die Stabilisierung des Beitrags der Steinkohle zur Energieversorgung. Die Trendumkehr, die den Anteil der Steinkohle am Primärenergieverbrauch wieder auf 18,4% anwachsen ließ, dürfte auch in den nächsten Jahren Bestand haben, da die vor kurzem vereinbarten Abnahmeverpflichtungen der Elektrizitätswirtschaft gegenüber dem Steinkohlenbergbau der Kohle im nächsten Jahrzehnt erhöhte Bedeutung einräumen.



sachliche Kritik an bestehenden Programmen gefördert. Dazu gehört auch, daß die wirtschaftlichen Aspekte der Kernenergie ständig neu überprüft werden und daß vor allem jeder Alternative aus dem Bereich der „unkonventionellen“ Energieerzeugungsmethoden Chancen zur Verwirklichung geboten werden, so-

## Bilanz

In unserer technischen Welt gibt es hier und da Entwicklungen, für die man sich begeistern und bedingungslos im Sinne eines „Pro“ einsetzen kann. Es gibt ebenso technische Maßnahmen, die nicht zu tolerieren sind und ein hartes „Contra“ herausfordern. Zu der ersten Gruppe würde ich rechnen: Rekultivierungsmaßnahmen verödeter Landstriche, Wassergewinnung in ariden Gebieten, bessere Anpassung unserer Nutzpflanzen an ihre Umgebung, Humanisierung des industriellen Betriebes, Nutzbarmachung des Luftstickstoffes für das Pflanzenwachstum anstelle immer weiter gesteigerter künstlicher Düngung und auch die Weiterentwicklung der Sonnenenergietechnik. Klar zu verneinen ist auf der anderen Seite die ständige Weiterentwicklung von Zerstörungswaffen (an der Spitze die Nuklearwaffen), die fortschreitende Zersiedlung noch halbwegs natürlicher Landschaften, die unbegrenzte Erweiterung des Individualverkehrs, der künstliche Eingriff in die biologische Grundkonstitution des Menschen durch Genmanipulation — um nur einige Beispiele zu nennen.

Wie die meisten Technologien gehört die Kernenergie in keine der beiden Gruppen. Ihre Grenzen und Gefahren liegen vor allem in der Überschreitung eines vernünftigen Maßes, räumlich und zeitlich gesehen. Sie wegen des Zusammenhanges mit der Herstellung von Nuklearwaffen zu verbieten, wäre dasselbe wie ein Verbot der Erzeugung von Impfstoffen oder von Pestiziden, weil diese Technologien enge Verwandtschaft mit der Herstellung biologischer und chemischer Waffen besitzen.

Wenn die Kernenergie in den nächsten Jahrzehnten weiter genutzt und in kontrollierter Weise ausgebaut wird, kommt alles darauf an, wie man es macht. Gewaltsame Einschnitte — wie ein prinzipieller Verzicht auf Wiederaufbereitung oder auf die bessere Nutzung des Kernbrennstoffes durch Brutreaktoren — sind sicher keine Lösung. Wiederaufarbeitungsanlagen gibt es fast ebensolange wie Kernreakto-

bald sie sich als wettbewerbsfähig erweist. Die Weiterentwicklung auf dem Energiesektor kann als ein Prüfstein für das Funktionieren der freien Marktwirtschaft angesehen werden. Dabei ist begründete Kritik sinnvoll, ebenso wie unbegründete Vorurteile zerstörend wirken können.

ren. Es handelt sich hier also nicht um eine noch unerprobte Technologie. Die Erfahrungen mit Brütern sind sehr viel weniger umfangreich und die Gefahr von Störungen und Unfällen ist hier sicher höher als bei den jetzt in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken. Aber auch der Brüter stellt keine prinzipiell neue Technologie dar, die völlig aus dem Rahmen unserer modernen Technik herausfiel. Beschränkung im Umfang, auch über lange Zeiten hin, ist auch hier das wichtigste Gebot.

Die größte Gefahr besteht darin, den Charakter der Kernenergie als einer Übergangslösung aus dem Auge zu verlieren. Nachdem gerade auf dem Energiesektor vielversprechende Ansätze für Langzeitlösungen unter Nutzung unerschöpflicher oder erneuerbarer Primärquellen bestehen, muß vermieden werden, daß sich ein riesiges Kernenergiesystem so etabliert, daß am Ende eine irreversible Situation geschaffen ist. (In gewisser Weise ist dies z. B. heute auf dem Verkehrssektor der Fall.) Der Weg zu den genannten Lösungen würde aber durch Energiekrisen und daraus erwachsende Wirtschaftskrisen vermutlich für immer blockiert.

Es ist in der deutschen Öffentlichkeit vielleicht nicht hinreichend bekannt, daß eine Anzahl von Entwicklungsländern, die keine oder zu wenig eigene Primärenergiereserven besitzen, entschlossen sind, Kernenergie zu nutzen, z. T. sogar schon nutzen. Der dadurch bestehende Exportmarkt wird von unseren Nachbarländern ebenso wie von den USA und Kanada sehr wohl wahrgenommen. 1976 lag die Bundesrepublik im nuklearen Exportgeschäft noch an zweiter Stelle. Inzwischen haben andere Länder aufgeholt; und wesentliche Einschränkungen unserer eigenen Kernenergietechnik würden in Kürze zum völligen Verlust dieser Exportchancen führen. Wiederaufbereitung wird im nennenswerten Maßstab zur Zeit in den USA, der UdSSR, in Großbritannien und in Frankreich betrieben. An Frankreich wird die Bundesrepublik in den nächsten



zehn Jahren zwei Milliarden DM für die Wiederaufarbeitung unserer ausgebrannten Reaktorbrennelemente zahlen. Sieben weitere Länder (einschließlich Deutschland) betreiben kleinere bzw. Pilot-Anlagen für die Wiederaufarbeitung.

Diese pragmatischen und nicht aus der Welt zu schaffenden Überlegungen haben nichts mit einer Überschätzung der Kernenergie zu tun. Zugrunde liegt die realistische Erkenntnis, daß die wirtschaftliche — ebenso wie die politische — Lage unserer jetzt schon überbevölkerten Welt viel zu labil ist, um sprunghaft langfristige Planungen über Bord zu werfen, ohne daß ein anderer sicherer Weg besteht.

Es ist festzuhalten, daß man aus rationalen Gründen nicht einfach *für* oder *gegen* die Kernenergie sein kann. Wenn in der heutigen öffentlichen Debatte gefühlsmäßige oder weltanschauliche Momente mitsprechen, so sollte man diese auf beiden Seiten klar als solche bezeichnen.

Die Kernenergie hat Probleme wie jede andere Technologie; und bei keiner Technologie kann man diese Probleme vollständig lösen — daher bleiben bei jeder Technik Risiken. Eine sinnvolle Diskussion kann sich nur bei guter Sachkenntnis darauf konzentrieren, wie weit die noch bestehenden Probleme der Kerntechnik zu lösen sind. Dabei haben natürlich entsprechend gründlich vorgebildete und in der

Sache erfahrene Physiker, Chemiker, Biologen, Mediziner, Ingenieure und besonders auch Ökologen mitzuwirken.

Das wichtigste aber ist, daß diese Diskussion sich nicht isoliert und begrenzt nur mit der Kernenergie beschäftigt, sondern daß sie die Risiken dieser Technologie mit anderen Risiken unserer technischen Welt vergleicht. Wir leben nun einmal nicht in einer ausgeglichenen, sauberen, einwandfrei funktionierenden Welt, in die als einziger drohender Störenfried die Kernenergie eingedrungen ist. Kernenergie ist ein Teil unserer technischen Welt, von der der Pionier der „sanften“ Technologien, E. F. Schumacher, sagt: „In der Industriegesellschaft sind die Dinge zu groß, zu kompliziert, zu kapitalintensiv und zu gewaltsam geworden — es gilt, sie wieder auf ein menschliches Maß zurückzuführen“. Gleich wie man den Gedanken der „soft technologies“ beurteilt — die Aufgabe besteht, unsere Welt mit all ihren technischen Einrichtungen zu verbessern und den natürlichen Bedingungen eines ausgeglichenen Ökosystems mehr und mehr anzunähern. Daß der Weg dahin *ohne* einen begrenzten Ausbau der Kernenergie gegangen werden kann, erscheint sehr unwahrscheinlich. Daß am Ende die Kernspaltung — ebenso wie die Verbrennung von Kohle und Öl und viele andere unserer heutigen „Errungenschaften“ — in einer solchen verbesserten technischen Welt kaum noch einen Platz hat, möchte ich als gewiß ansehen.



Harry Tallert

## Protest als Programm

### Aspekte der Öko-Bewegung

#### Die „Grünen“ — nur Störfaktor oder vierte Partei mit Eigengewicht?

Sind die „Grün-Bunten“ eine modische Protestbewegung, die nur wichtig bleibt, solange die Parlamentsparteien mit knappen Mehrheiten rechnen müssen, oder gewinnen die Ökologen in der Bundesrepublik und in anderen Industrieländern der westlichen Welt dauerhaftes politisches Eigengewicht? Signalisieren sie eine Erosion der parlamentarischen Demokratie, oder sind sie Folge eines Demokratisierungsprozesses und eines daraus wachsenden Anspruchs des mündigen Bürgers auf mehr Partizipation? Kalkulierbar ist heute, daß die grün-bunte Protestbewegung noch für unabhsehbare Zeit ein Veto- und Störpotential zu binden vermag, dessen Nebenwirkungen in einem auffälligen Mißverhältnis zu ihrer eigenen politischen Machtlosigkeit stehen.

Die Bewegung bleibt ein Allzweck-Medium der Kritik an „den Etablierten“, auch wenn — oder gerade weil — eine Grüne Bundespartei an unvereinbaren Gegensätzen scheitern könnte. Es schadet ihr offenbar wenig, wenn sie im Dauerstreit darüber liegt, wie denn, mit welchen Mitteln und konkreten Zielen, wogegen — geschweige denn für welche Art von Wirtschafts- und Sozialordnung der Kampf zu führen sei. Gezielte und chaotische extremistische Einmischungen konnten ihren Bestand zu keiner Zeit ernsthaft gefährden; sie hätten hierzulande jede Partei herkömmlicher Prägung längst zu Tode kompromittiert. Gleich was sie tut und wie sie dabei aussieht, die Bewegung scheint unabhängig von ihrem Ruf. Ihre Nahrung ist das „Unbehagen“, wovon es stets reichlich gibt. Weil sie „jenseits aller traditionellen Ideologien“<sup>1)</sup> steht, kann sie den Verdruß sammeln, wie immer er motiviert wird und wo immer er vorkommt. Sie bündelt die unterschiedlichsten Bedürfnisse unter dem Fähnlein der Bedürfnislosigkeit. Ihre Angriffe mögen sich jeweils gegen die Verwendung von Kernenergie, die Zerstörung von Landschaften durch Straßenbau oder gegen in-

dustrielle Tierhaltung wenden; der ideologische Kern der Bewegung gründet sich stets auf einer fundamentalen Kritik am System. Insofern ist das Repertoire unerfüllbarer Forderungen unerschöpflich. Die Parteien können sich noch soviel Mühe geben — niemals werden ihre sachpolitischen Kompromißlösungen von denen honoriert, die solche Ergebnisse an maximalistischen Erwartungen messen. Darum ist es ein Irrtum zu meinen, der Konflikt mit der Bewegung ließe sich sachpolitisch lokalisieren, etwa durch Teilverzicht auf Atomenergie. Denn der Kampf gegen die Kernenergie bedeutet dem Ökologismus nicht Kampf um andere energiepolitische Prioritäten. Dieser Kampf wird verstanden als Heiliger Krieg gegen eine wissenschaftlich-technische Zivilisation. Atomkraft ist in dieser Sicht dämonischer Ausdruck der zuletzt mörderischen und selbstmörderischen Gesellschaft wirtschaftlichen Wachstums.

So kann politische Auseinandersetzung mit der ökologistischen Ideologie nur sinnvoll sein, wenn sie sich der unvermittelten tiefen Gegensätze im Grundverständnis von Umwelt und Politik bewußt wird. Von einer Neigung der Herausgeforderten, sich dem Konflikt auf diese Weise zu stellen, ist jedoch noch wenig zu spüren. Stattdessen konzentrieren sie ihre Aufmerksamkeit auf die möglichen Störwirkungen der Grün-Bunten bei der kommenden Bundestagswahl.

Bei knappen Mehrheitschancen genügen Stimmenverluste von ein bis zwei Prozent, um Sieg oder Niederlage einer der beiden großen Volksparteien mitzuentcheiden. Der Kern der Anhänger einer Grünen Partei, der Wahlabsicht in Stimmabgabe umgesetzt, liegt nach Umfragen bei drei Prozent<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> So Herbert Gruhl, MdB, Vorsitzender der Grünen Aktion Zukunft (GAZ), anläßlich des GAZ-Parteitaags am 8. September 1979 in Stuttgart-Böblingen.

<sup>2)</sup> Siehe dazu die Studie von Hans-Joachim Fietkau, Umweltbewußtsein und Wahlverhalten, in: Papers aus dem Internationalen Institut für Umwelt und Gesellschaft des Wissenschaftszentrums Berlin, III/78 — 24, veröffentlicht in: Zeitschrift für Umweltpolitik, Frankfurt am Main, 1/1979.



Aus dem weit gestreuten Sympathiepotential der Protestbewegung kann bei entsprechender Aktualisierung eines lokalen, regionalen, nationalen oder internationalen ökologischen Themas eine unbestimmte Zahl von Wählern der Partei ihrer eigentlichen Präferenz einen Denkkzettel erteilen, aber nicht nur, indem sie Grün oder Bunt wählen, sondern auch, wenn sie erst gar nicht zur Wahl gehen.

Die Parlamentsparteien, zunächst die in der aktuellen Situation am stärksten bedrohten der sozialliberalen Formation, können kaum hoffen, Stimmen aus dem Kern der unterschiedenen Anhänger der Bewegung zu gewinnen, jedoch wollen sie keine Anstrengung scheuen, entfremdete Wähler zurückzugewinnen, die bereits zu einer Stimmabgabe für die Grün-Bunten oder zur Stimmenthaltung tendieren. Sie versuchen dies vor allem auf zweierlei Weise:

— Eine argumentative Begründung der geplanten energie- und umweltpolitischen Prioritäten, Maßnahmen und ihrer Alternativen.

— Die Verdeutlichung der Aussicht, daß für die Grün-Bunten abgegebene Stimmen und Stimmenthaltungen etwas ganz anderes als die damit verbundenen ökologiepolitischen Absichten bewirken können: einen Wahlsieg der Unionsparteien unter Führung von Franz Josef Strauß.

Beide Möglichkeiten sind nicht unproblematisch. In der Energie- und Umweltpolitik ist es mit der Kunst, hinhaltend zu argumentieren, um Zeit zu gewinnen und inzwischen Entscheidungen des Tuns und Lassens zu präjudizieren, nicht mehr getan. Anpassung durch Zurückweichen würde kaum überzeugen und zudem die Sympathien einer vielleicht größeren Zahl von Wählern aufs Spiel setzen, die der Unverbindlichkeit angeblich offener Optionen müde geworden sind. Zweifellos reicht auch eine Verkürzung der inhaltlichen Auseinandersetzungen zur personalen Alternative einer Bundesregierung Schmidt oder Strauß nicht aus. Andererseits lehrt die Erfahrung, daß die Mobilisierungskraft einer Partei entscheidend von der Einschätzung der Personen abhängt, die Partei und Programm an der Spitze repräsentieren. Personale Alternativen und Sachprogramme lassen sich voneinander nicht trennen, wohl aber können Wähler mit schwankender Parteipräferenz geneigt sein, sachliche Kritik in Einzelfragen zu relativieren, wenn sie alles in allem eine Entscheidung für oder gegen eine Person an der Spitze treffen, die ihnen eher sympathisch oder unsym-

pathisch ist. Wählerverhalten ist nicht von exakt zu unterscheidenden rationalen und emotionalen Motiven bestimmt, sondern rationale Motive sind immer auch emotional besetzt und umgekehrt. In der aktuellen Situation, in der wenige Stimmen den Ausschlag für das Ergebnis der Bundestagswahl geben können, ist die personale Alternative aus allgemeiner politischer Sicht vielleicht der wichtigste aller Entscheidungsgründe.

In welchem Maße trifft dies jedoch auch auf die potentiellen Wähler der Grün-Bunten zu? Seitdem die Protestbewegung mit den Ergebnissen der Landtagswahlen in Bremen und Baden-Württemberg bewiesen hat, daß für sie die Fünf-Prozent-Hürde kein unüberwindliches Hindernis ist, scheint der Einzug auch in den Bundestag nicht mehr ausgeschlossen. Jedenfalls hat — ungeachtet der Schwankungen des Meinungsklimas — das Argument der „weggeworfenen“ grünen und bunten Stimmen, die in Schleswig-Holstein Stoltenbergs Wahlsieg über die auf Gegnerschaft zur Kernenergie festgelegten Sozialdemokraten sicherten, an Überzeugungskraft eingebüßt. Die Frage ist also, ob man Sympathisanten der Grün-Bunten noch mit dem Argument erreicht, ihre Wirkung auf Wahlergebnisse sei im Verhältnis zu ihren Zielen kontraproduktiv.

Die nach den Wahlen in Bremen und Baden-Württemberg selbstbewußter gewordenen Ökologen fühlen sich als niemandes Hilfstuppe. Ihre Zielvorstellung ist strategisch auf einen langfristigen Bewußtseinswandel gerichtet. Taktisch setzt dieses Konzept auf die spektakuläre Verdeutlichung eines Zustandes der Immobilität der großen Volksparteien. Das dazu passende Wunsch-Szenario: eine Pattsituation in Bonn, in der sich eine Minderheitsregierung der SPD auf die Stimmen einer Grünen Sperrminorität stützen müßte. Sollte jedoch eine Pattsituation eintreten, ist es wahrscheinlicher, daß sich ein solcher Bundestag alsbald wieder auflösen würde, nachdem er zuvor das Mehrheitswahlrecht beschlossen hätte. Auch dann aber wären die Volksparteien die Pression keineswegs los. Die SPD müßte, um mehrheitsfähig zu sein, versuchen, einen möglichst großen Teil des Grün-Bunten Sympathiepotentials zu integrieren, wobei sie stets Gefahr liefe, einen vielleicht noch größeren Teil jenes Sympathiepotentials zu verlieren, der den dazu notwendigen Wandel nicht mitmachen will. Im übrigen wäre eine Pattsituation in Bonn auch nach Einführung des Mehrheitswahlrechts nicht ausgeschlossen.



Wie auch immer die nächste Bundestagswahl ausgehen mag — die Auseinandersetzung mit den komplexen Ursachen und Wirkungen, die

zu einer Verweigerung vor allem von Teilen der jungen Generation geführt haben, wird keiner der „alten“ Parteien erspart bleiben.

## Kontinuität der Jugendrevolte

Einer der wichtigsten Gründe für die Mißverständnisse um die ökologistische Bewegung ist offenbar eine spezifische Kommunikationsstörung zwischen den Altersgruppen der Jungen und jenen Altersgruppen, die das Ende des Zweiten Weltkrieges als Erwachsene oder Heranwachsende noch bewußt erlebt haben. Dies gilt in besonderem Maße für den Bruch zwischen Vorkriegs- und Nachkriegsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt zahlreiche Beispiele für die Beobachtung, daß sich Konflikte im Generationenverhältnis in Zeiten raschen Wandels verschärfen. Gegenwärtig haben sich Veränderungsprozesse in einer nie zuvor gekannten Weise beschleunigt. Die allgemeine Orientierungsschwäche steigert sich im Generationenverhältnis, wo „die Tatsachen des Lebens“ von Jungen und Älteren auf scheinbar untereinander kommunikationslosen Verständnisebenen rezipiert werden. Wie einer seine sozioökonomische Umwelt aufnimmt und wertet, unterliegt in starkem Maße Einflüssen der Zeit und der Umgebung, die sein politisches Sensorium geprägt haben. Vergleicht man die Bedingungen der Vorkriegszeit, der nationalsozialistischen Diktatur, des Krieges, des Nachkriegselends, des Aufbaus einer rechts- und sozialstaatlichen Demokratie zur Wirtschaftsmacht Bundesrepublik mit den Gegebenheiten der in die Wohlstandsdemokratie hineingewachsenen jungen Generation, so bedarf es kaum eines theoretischen Modells des Wertwandels, um die höchst unterschiedlichen Voraussetzungen zu erkennen, die das Bewußtsein der Älteren und der jungen Generation fortwirkend beeinflussen. Der Schwierigkeitsgrad der Kommunikationsstörung im Generationenverhältnis zeigt sich häufig als wilde Polemik oder als Sprachlosigkeit. Diese breiten sich aus, wenn sich generationsspezifisch gefilterte Wahrnehmungen der einen oder der anderen nicht mehr in einer gemeinsamen Sprache synchronisieren lassen.

1933—1945 ist eine Bruchstelle im Generationenverhältnis, die noch heute verdrängt wird. Sie wirft Fragen auf, die nicht wenigen der Älteren unerträglich scheinen. Die Unfähigkeit, auf diese Fragen zu antworten, hat aber ihren Preis. Dieser Preis, der spätestens seit der Ju-

gendrevolte der sechziger Jahre eingefordert wird, ist die moralische Legitimationskrise jener, die als aktive oder passive Zeitgenossen das Hitlerreich erlebten, sich aus eigener Kraft nicht von ihm befreien wollten oder konnten und nach seinem totalen Niedergang die neue Republik aufbauten.

Die erste Bedingung des Grundkonsenses unserer Nachkriegsgesellschaft war die Konzentration aller Kräfte auf die Fähigkeit des Überlebens. Angesichts der elementaren materiellen Nöte ist es allzu billig zu sagen, daß den Überlebenden der Katastrophe das Fressen wichtiger war als die Moral. Moral hat mit dem Hunger zu schaffen, aber richtig ist auch, daß ein Verhungertes ihrer nicht mehr bedarf. Richtig ist, daß die Notwendigkeit des Überlebens zunächst alle Kräfte absorbierte. Die Moralfrage nach den Konsequenzen der Verantwortung für die jüngste deutsche Vergangenheit wurde erst auf die Probe gestellt, als die noch einmal Davongekommenen handlungsfrei wurden, der neuen Republik eine Verfassung zu geben und die Konsequenzen ihres politischen Willens an der Wirklichkeit dieser Verfassung zu erweisen. Sie haben diese Probe bisher nicht schlecht bestanden. Man wird der Sache nicht gerecht, wenn man Taten wie die gesetzliche Wiedergutmachung nur als materielle Leistungen wertet, die keine schmerzlichen Opfer forderten und zudem dem Wiedereintritt der Deutschen in die Völkergemeinschaft förderlich waren. Viel wichtiger war, daß frei gewählte Abgeordnete sich mit diesem Gesetzeswerk zur Kontinuität der Verantwortung dessen bekannten, was im Namen der Nation geschehen ist und geschieht. Ohne eine Kontinuität solcher Verantwortungsbeurteilung kann es keine nationale Kontinuität geben. Das ist für Sieger unproblematisch, weil die Schuldfrage am Sieg keine Rolle spielt; es geht höchstens darum, wer zum Siege am meisten beigetragen hat.

Im Falle der totalen Niederlage von 1945 waren alle Deutschen besiegt, nicht nur die Aktivisten, Nutznießer, Mitläufer und apolitischen Pflichttuer, sondern auch die deutschen Gegner des Regimes, deren Kraft nicht ausreichte, um die Katastrophe durch eine Befreiung von innen zu verhindern. Daß die Deutschen sich



mehrheitlich nicht vom Nationalsozialismus befreien, sondern den Krieg mit all seinen Konsequenzen lieber gewinnen als verlieren wollten, daß eine später wachsende Minderheit dagegen machtlos blieb, dies ist eine Tatsache unserer Geschichte, auf die alle Besiegten — unabhängig von ihrer individuellen Rolle — mit einem Abwehrsystem von Verdrängungen reagierten. Gemeinsam ist diesen Verdrängungen der Realitätsverlust in der Erinnerung an die eigene Rolle im alltäglichen Leben dieser Zeit. Auffällig ist dabei auf allen Seiten die Neigung, den eigenen Anteil zu verkleinern, während der Anteil nationalsozialistischer Führermacht nicht rational erklärt, sondern magisch überhöht wird. Letzteres gilt auch für eine Betrachtungsweise, die diese magischen und dämonischen Eigenschaften zwar nicht dem Führer des Dritten Reiches, aber dem krankhaften Auswuchs seines „Klassencharakters“ zuschreibt. Der Zweck dieser Überhöhung des als schicksalhaft ausgewiesenen Magischen dient der Verkleinerung des damals entscheidungsfähigen persönlichen Anteils in der jeweiligen Verlaufsphase dessen, was wirklich geschehen ist. Jeder der Davongekommenen wird die Identität seiner damaligen Handlungen und Unterlassungen dort wiederfinden, wo sie ihm gerade noch erträglich erscheinen. Die Lähmung des Erinnerungsvermögens ist die Furcht vor dem Schmerz, wo er unerträglich wird.

Die damals lebten und davongekamen, haben sich nach dem Grad ihrer Verstrickung Abwehrmechanismen geschaffen, die sie davor schützen, die Tabugrenzen vor dem Anblick des für sie Unerträglichen zu überschreiten. Wer als Richter Urteile sprach, wer als Anwalt verteidigte, als Erzieher wirkte, wer als Polizist seinen Dienst versah, oder bei der Reichsbahn seine Pflicht tat, wer in den Betrieben und Büros schaffte, wer Nachbarn hatte, die plötzlich verschwanden: sie alle sind Betroffene durch das, was sie taten und unterließen — mittelbar und viele unmittelbar, Akteure, Mitwisser oder Ignoranten des Grauens. Und für viele unter ihnen gibt es Fragen über ihr damaliges Verhalten, die sie sich auch heute, so lange danach, noch nicht zu stellen wagen.

Die Bedingung des Grundkonsenses aller Davongekommenen war zuerst die unausgesprochene Übereinkunft, die gegenseitigen Tabugrenzen zu achten. Nur auf diese Weise konnte eine neue Solidargemeinschaft aller Überlebenden aufrechterhalten werden, die den Weg freimachte in eine bessere Zukunft

und die Frage der Kontinuität einer deutschen Nation offenhielt. Die Legitimation dieser Übereinkunft ist nach der Höhe des Preises ein noch heute nicht einlösbarer Wechsel auf die Qualität unserer Zukunft. Diese Legitimation kann nur wachsen mit unserer Fähigkeit, das Versprechen der ersten Stunde nach dem Überleben zu erfüllen: eine demokratische Ordnung zu schaffen, in der das Unerträgliche nie wieder geschehen darf.

Ein Teil der jungen Generation will die Tabugrenzen nicht länger hinnehmen. Die Jungen fühlen sich als national Mithaftende, an der Vergangenheit aber nicht Beteiligte, berechtigt, nach den Ergebnissen des Versprechens der ersten Stunde der neuen Republik zu fragen. Sie werten diese Ergebnisse nach den Gesichtspunkten ihrer eigenen generationspezifischen Prägung, die sich elementar von der Prägung der Älteren unterscheidet. Ein Teil von ihnen sieht fassungslos und angewidert die Hartnäckigkeit, die Ausflüchte und die Schönfärberei, mit der viele Ältere so lange danach noch immer (und weil es schon so lange her ist, jetzt erst recht) die Antwort darauf verweigern, wie es denn wirklich war. Da man die vorenthaltenen Antworten inzwischen zu kennen glaubt, ist für die vorwiegend schweigende ältere Generation die Chance weitgehend vertan, mit ihren persönlichen Erfahrungen ein differenziertes Urteil zu vermitteln. Dies ist nur vereinzelt geschehen und hatte wenig Einfluß auf die Meinungsbildung der jungen Generation. Die Folge ist, daß die Einschätzung der moralischen Glaubwürdigkeit der älteren Generation, scheinbar unabhängig von der politischen Einstellung der Jungen, einen Tiefstand erreicht hat und über Äußerungen des Mißtrauens bis zu unversöhnlicher Feindseligkeit bisweilen pathologische Züge annimmt.

Der extremste Auswuchs solcher Polarisierung zeigte sich in der terroristischen Bewegung der Bundesrepublik. In ihrem Selbstverständnis fühlten sich diese Terroristen als legitime volksrevolutionäre Gegenmacht zur usurpierenden Macht von Vertretern der älteren Generation, die sie in der Kontinuität des Verbrecherregimes sahen. Deren Reaktion auf die Anwendung von Gewalt sollte diese Kontinuität entlarven. Der eruptive Haß, mit dem manche aus der älteren Generation auf diese Anschläge reagierten, ging über das Maß an Empörung, die man Mordtaten sonst entgegenbringt, weit hinaus. Er läßt darauf schließen, daß hier bei manchen älteren Zeitgenossen Schichten ihres Bewußtseins freigelegt



wurden, die sie bis dahin hinter Verdrängungsmechanismen verbargen. Dieser Augenblick war eine Bewährungsprobe der demokratischen Belastbarkeit der Bundesrepublik, deren Grenzen nun sichtbar wurden. Es zeigte sich aber auch, daß die Republik dieser Belastungsprobe gewachsen war, daß sie angemessen reagieren konnte, obwohl sich seither das innenpolitische Klima verdüsterte und einige eilig verabschiedete Gesetze und der Stil von Polizeiaktionen manchen Beobachtern schon am Rande der Ausschöpfung rechtsstaatlicher Möglichkeiten zur Verteidigung des Staates zu liegen schienen.

Die notwendige Stärkung der Staatsmacht, die aus guten Gründen auf die Präsenz ihrer äußersten Machtmittel nicht verzichten darf, wenn sie nicht Selbstmord begehen will, zeigte von nun an die neue Republik in einem unfreundlicheren Licht. Der Zustand, den man vorher fälschlich mit einer Idylle verwechselt hatte, verwandelte sich plötzlich in häßliche Normalität. Zudem schwand mit der weltwirtschaftlichen Krise — obwohl die Bundesrepublik ihren Spitzenplatz wirtschaftlicher Stabilität behaupten konnte — die Möglichkeit für weitere kostenintensive Reformen. Die politische Wetterlage für solche Reformen kippte um. Arbeitslosigkeit breitete sich aus, von der sich vor allem Jugendliche und zu spät gekommene Anwärter akademischer Berufe betroffen sahen. Zusammen mit der vornehmlich von den Jungen reklamierten allgemeinen Einengung von Liberalität vermittelte sich das Bild einer je nach Standpunkt höchst unterschiedlich gewerteten „Tendenzwende“. Diese Wende markiert den Punkt des Umschlags einer Politik, die Zuwächse verteilen konnte, zu einer Politik, die notgedrungen den Status quo verteidigen muß, um den Status quo minus zu verhindern oder wenigstens abzumildern. Sie führte zu einem Frontalzusammenstoß mit den hochgespannten Reformervorstellungen einer vorwiegend permissiv erzogenen jungen Generation. Hatte sie schon zu Zeiten der Reformpolitik die „Defizite der Demokratiepoltik“ gegenüber der „einseitigen Stärkung wirtschaftlicher Machtstrukturen“ beklagt, so schien ihr nun ein neues Zeitalter der „Gegenreformation“ angebrochen.

Zu diesem Zeitpunkt bot sich ein neues ideologisches Medium zur Sammlung der Opposition gegen das System der den „Status quo verwaltenden“ älteren Generation. Die ideologische Reichweite dieses Mediums und seine vielfältigen Möglichkeiten der Instrumentalisierung eröffneten die Chance, das System

dort anzugreifen, wo es am verwundbarsten ist: die Nachhut der Jugendrevolte entdeckte den Ökologismus.

Nach der Eigenart ihres Personals muß die ökologistische Bewegung als das zur Zeit bedeutendste Experimentier- und Aktionsfeld einer neuen Jugendbewegung betrachtet werden. Fast alle wichtigen Elemente der Jugendrevolte der sechziger Jahre lassen sich in der Ökobewegung leicht wiedererkennen. P.C. Meyer-Tasch<sup>3)</sup> spricht von dem „Kontinuitätsfunken“, der von der Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Bewegung übersprang. Die Bürgerinitiativbewegung war der Kristallisationspunkt der ökologistischen Bewegung.

„Im übrigen aber veränderten sich sowohl das Subjekt als auch die Objekte des (theoretischen und praktischen) Engagements. War es zuvor eine politisch mehr oder minder eindeutig zu verortende Aktivistenschar, die den Versuch unternommen hatte, eine Gegenmacht aufzubauen, so drängten nun in wachsendem Maße Bürger jeglicher Herkunft und Gesinnungsart auf die außerinstitutionellen Foren politischer Kommunikation ... Daß sich gegen die Verabschiedung der von einer Großen Koalition befürworteten Notstandsgesetze und gegen die Fortführung des Vietnamkrieges nur im Schoße ganz bestimmter politischer Gruppierungen und nur an ganz bestimmten Orten breit angelegter Widerstand formieren ließ, liegt auf der Hand. Fehlende Kindergärten aber, übergroße Schulklassen, landschaftszerstörende Wohntürme und umweltvergiftende Industrieansiedlungen (schließlich und vor allem Kernkraftwerke — Anm. d. Verf.) wurden von beinahe jedermann als Ärgernis empfunden.“

Mit dem Ökologismus ist den Erben der Jugendrevolte ein ideologisches Medium zugefallen, das die Mobilisierung einer Massenbasis persönlicher Betroffenheit verspricht. Initialzündung dieser Mobilisierung sind die Probleme vor jedermanns Haustür und damit Wirkungen, die die Studentenbewegung mit ihren die breite Öffentlichkeit eher exotisch anmutenden Themen nie hätte erreichen können. Ideologisch und in Aktion präsentiert sich die Bewegung in ihrem harten Kern und in ihrem Sympathiefeld als die Fortsetzung der Jugendrevolte. Was wäre die ökologistische Bewegung ohne sie?

<sup>3)</sup> P.C. Mayer-Tasch, Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem, Reinbek 1976, S. 10ff.



## Komponenten der Protestbewegung

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit lassen sich bei einem Versuch zu einer Typologie der ökologistischen Bewegung folgende Komponenten erkennen:

1. Unzufriedene Reformer und Reformisten (noch) innerhalb der SPD und FDP (vorwiegend bei Jungsozialisten und Jungdemokraten); Unzufriedene dieser Richtung im Sympathiepotential dieser Parteien, die bereits schwanken, ob sie ihre bisherige Parteipräferenz aufgeben wollen; Kernenergiegegner, Umwelt- und Naturschützer außerhalb der Parteien, die für einen wirksameren Umweltschutz eintreten und zu diesem Zweck das Votopotential der Bewegung stärken, um die Parteien durch wachsenden Druck zu Kurskorrekturen ihrer Ökologiepolitik zu veranlassen. Sie alle wollen das vorgefundene System tiefgreifend verändern, aber nicht abschaffen. Sie sind der Meinung, daß es nur so erhalten werden kann.

2. Revolutionäre, die das System zerstören wollen, weil sie glauben, daß es ohne Zerstörung des Systems keine realen Möglichkeiten für radikale Veränderungen gibt. Hier ist zu

unterscheiden zwischen jenen, für die eine Revolution zur Verwirklichung menschheitsretender ökologischer Forderungen unvermeidlich ist und jenen, die das Vehikel des Ökologismus als das zur Zeit wirksamste zur Vorbereitung einer Revolution ansehen, die sie aus ganz anderen Gründen wünschen.

3. Mystiker auf der Suche nach einer neuen Offenbarung. Für sie ist die wissenschaftlich-technische Zivilisation der Ausdruck des Lebensfeindlichen, Zerstörerischen und der Ökologismus der Leitstern einer Rückkehr zu einem Leben „im Einklang mit der Natur“.

4. Aussteiger aus dem System einer Wettbewerbsgesellschaft, die mit wachsender Egalisierung der Chancen einen Leistungsdruck erzeugt, der die Belastungsgrenze permissiv erzogener, an problemlose rasche Gratifikationen gewöhnter und nun frustrierter Aufstiegsaspiranten überschreitet.

5. Vorpolitisch geprägte Verdrossene, bereit, jede Bewegung zu unterstützen, die sich gegen das ihnen unverständliche und moralisch verwerflich erscheinende System der „Parteienwirtschaft“ wendet.

## Atomwaffen sind kein Mobilisierungsfaktor

Eine so vielgestaltige Bewegung kann nicht den Zweck verfolgen, Wege und Ziele zu definieren. Sie wird Wege und Ziele so weit umschreiben, daß möglichst viele Menschen unterschiedlichster Auffassungen und Interessen sich jeweils darunter vorstellen können, was immer sie mögen. Andererseits ermöglicht gerade die Komplexität ihrer Thematik, sich auf Teilaspekte zu konzentrieren, die jeweils die günstigste Konstellation für die Interessenmobilisierung an einem Brennpunkt bieten. Das instruktivste Beispiel solcher Interessenmobilisierung ist der *Kampf gegen die friedliche Nutzung von Nuklearenergie*. Die Wirkung dieser als Ein-Punkt-Sache mißverständenen Forderung liegt in der kompromißlosen Form, in der sie vertreten wird. Eine differenzierende Sachauseinandersetzung um die Fragen, in welchem Maße Kernenergie mangels alternativer Möglichkeiten der Energiegewinnung unter welchen Sicherheitsbedingungen zu produzieren wäre, muß an der Ablehnung jeglicher Produktion dieser Energie scheitern. Es geht dabei immer um Alles oder Nichts, um Leben oder Tod. Infolgedessen spielen auch die Umweltschäden alter-

nativer Energiegewinnung — wie aus Kohle — für diese Fundamentalopposition überhaupt keine Rolle. Sie verweist demgegenüber auf potentielle umweltneutrale Möglichkeiten der Energiegewinnung, die entweder in absehbarer Zukunft — wo Energie dringend benötigt wird — noch nicht oder nicht in annähernd ausreichender Form zur Verfügung stehen. Jeder sachliche Einwand in dieser Richtung wird als grobe Irreführung zurückgewiesen.

Die Eigenart dieser auf Emotionalisierung und Mobilisierung angelegten Strategie wird deutlich, wenn man sich die Frage stellt, welche Gründe die Bewegung davon abhalten, die atomare Bewaffnung und die Lagerung von Atomwaffen mit der gleichen Intensität zu bekämpfen wie die friedliche Nutzung der Kernkraft. Zur friedlichen Nutzung von Nuklearenergie heißt es im Europawahlprogramm<sup>4)</sup> der Grünen: „... eine Fortführung des ‚Paktes mit dem Teufel‘, nämlich mit dem Atom, (ist) überflüssig. Alternative Energiekonzepte anstelle atomarer Gefährdung! In der energiepo-

<sup>4)</sup> Europawahlprogramm der Grünen.



litischen Auseinandersetzung muß der ‚Internationale der Atomenergieantreiber‘ ein internationaler Widerstand entgegengesetzt werden.“

Dagegen klingen die Forderungen, die sich auf Atomwaffen beziehen, recht moderat <sup>5)</sup>. Hier ist nicht von Widerstand die Rede, sondern von Verhandlungen, Schritten und weiteren — aber nicht totalen — Verboten. Das Programm proklamiert „Gewaltfreiheit“, nennt sich jedoch nicht pazifistisch. Daß „nur eine ökologische Politik im Sinne dieses Programms ... die Kriegsgefahr beseitigen kann, die aus dem Kampf um die knapper werdenden Rohstoffe zwangsläufig entsteht“, war nicht anders zu erwarten. Viel interessanter ist, daß die Ablehnung nuklearer Waffen in einer konventionellen Sprache ausgedrückt wird, die sich wenig von der anderer Parteien unterscheidet. Die Ablehnung bleibt im prinzipiellen Bereich. Dagegen wird der Widerstand gegen die friedliche Nutzung von Nuklearenergie, der Widerstand gegen den „Teufelspakt“ als Aktion gefordert und — wie wir erlebt haben — auch praktiziert. Denn „die Plutoniumwirtschaft bedroht die Zukunft der Menschheit“. Die Anhäufung nuklearer Waffen wird in diesem direkten Zusammenhang nicht erwähnt.

Der Anti-Kernkraft-Bewegung ist es in der Bundesrepublik noch kaum in den Sinn gekommen, gegen militärische Nukleareinrichtungen zu demonstrieren. Dies tat zu Zeiten die Bewegung „Kampf dem Atomtod“. Nachdem die Öffentlichkeit bald das Interesse daran verlor, hatte kaum jemand die Neigung, diese Kampagne fortzusetzen. Zahlreiche ihrer damaligen Anhänger sind tonangebend heute in der ökologistischen Bewegung zu finden. Sie sehen offenbar keinen Grund, die alte Sache wieder aufzunehmen. Lieber kämpfen sie in Gorleben gegen eine nukleare Entsorgungsanlage als gegen eine militärische nukleare Rüstung, deren Vernichtungspotential, seitdem der Kampf gegen sie nicht mehr wirksam und massenmobilisierbar ist, sich noch ungeheuer vervielfacht hat, und deren Beschleunigung in unseren Tagen wieder zunimmt.

Wie ist dieser Widerspruch zu erklären? Die Ökologen werden uns sagen, es handle sich keineswegs um einen Widerspruch, sondern es sei falsch, zwischen friedlicher und militärischer Nutzung der Kernenergie zu unterscheiden; denn erstens fördere die Verbrei-

tung angeblich zu friedlichen Zwecken genutzter Atomenergie die weitere Verbreitung von Atomwaffen, und zweitens käme ein in Wiederaufbereitungsanlagen nicht auszu-schließender Großunfall einem Völkermord gleich <sup>6)</sup>.

Aber selbst wenn die absurde Gleichsetzung der Gefahr des militärischen, zweckbestimmt destruktiven, mit dem unter höchsten Sicherheitsstufen zur Stromerzeugung bestimmten Material zuträfe, bliebe der Widerspruch, aus welchen Gründen man sich dem militärischen Komplex mit vergleichsweise wohlgesetzten Worten zuwendet, während der Aspekt der friedlichen Nutzung von Nuklearenergie zu aktiver Notwehr berechtigen soll. Die Antwort, daß die zivilen im Gegensatz zu militärischen Anlagen in der Reichweite von Demonstrationen liegen und daß man nur die Errichtung ziviler Anlagen verhindern könne, ist nicht überzeugend. Man kann gegen Regierungen und parlamentarisch Verantwortliche demonstrieren, die über die Waffensysteme beschließen, verfügen oder ihre Lagerung zulassen. Daß dies — wenn es um die nuklearen Waffen geht — nicht oder in vergleichsweise nur geringer Lautstärke geschieht, macht deutlich, daß die Ökologen ausschließlich dort zur Aktion schreiten, wo sie eine Massenmobilisierung erwarten können.

Ein Angriff auf die Verteidigungsfähigkeit wäre — wenn er sich der gleichen Methoden bediente wie der Kampf gegen die Kernkraftwerke — ein offener Angriff auf das System. Der Angriff auf die ökonomische Basis des Systems aber läßt sich deklarieren und mißverstehen als Kampf um die Erhaltung der Umwelt. Was es wirklich mit diesem Kampf auf sich hat, bleibt jedoch keineswegs verborgen, wenn behauptet wird, daß „die Atomenergie die Demokratie und die menschlichen Grundrechte (bedroht), da die hohen Sicherheitsvorkehrungen (Sabotageanfälligkeit) nur von einem totalitären Überwachungsstaat unter Kontrolle gehalten werden (können)“<sup>7)</sup>: Planen die Herren also in Wirklichkeit nicht die Energieversorgung, sondern den Staatsstreich? Aber nein, dies wollen die Ökologen nicht unbedingt unterstellen. Die Herren seien nur unfähig einzusehen, daß sie das Unfallrisiko eines Völkermords auf sich nähmen und eine Entwicklung in Gang setzten, die eigengesetzlich in einen totalitären Überwachungsstaat führen müsse. Darum sei der

<sup>5)</sup> Ebd.

<sup>6)</sup> Ebd.

<sup>7)</sup> Ebd.



Kampf um die Erhaltung der Umwelt der Kampf um die Erhaltung der Demokratie.

Damit sind wir wieder bei der mobilisierungsfähigen Verengung auf Umweltschutz, wobei der Kampf gegen die ökonomische Basis des Systems im Hintergrund bleibt. Ohne die Verengung auf diesen Teilaspekt blieben die Kämpfer gegen das System eine winzige Minderheit. Die Bauern von Gorleben würden niemals auf die Straße gehen, um die ökonomische Basis der Wohlstandsdemokratie anzugreifen, in der und von der sie leben. Sie wollen Gorleben in Gorleben verhindern.

Der Mobilisierung an einem Brennpunkt ist es also höchst förderlich, wenn die Bewegung als Single-Issue-Movement auftritt. Nur so können die Energien jener mobilisiert werden, die wirklich an dieser *einen* Sache interessiert sind. Sie engagieren sich als unmittelbar Betroffene der Sache, gegen die sie kämpfen oder für die sie eintreten, gleich, ob es sich um Kernkraftwerke, Industrieansiedlungen, den Bau von Straßen und Flughäfen, Fragen der Stadtanierung, Tierschutz oder worum auch immer handelt. Eine Instrumentalisierung dieser verschiedenen Interessentenkreise ist gerade deshalb so wirksam, weil sie in keiner Weise eine Identifizierung mit dem ideologischen Kern der Bewegung voraussetzt. Überall, wo das ideologische Gesamtziel durch mangelnde revolutionäre Selbstbeherrschung in den Vordergrund gerückt wurde, kam es zu Spaltungen, weil die sachbezogenen Streiter rasch merkten, daß man sich ihrer zu eigentlich ganz anderen Zwecken bedienen wollte. Andererseits will der harte ideologische Kern

seine *Hauptsache* nicht aufgeben: die Möglichkeit einer je nach Wirksamkeit zu treffenden Auswahl von Einzelkriegsschauplätzen an solchen Brennpunkten der Gesellschaft, die eine Bündelung unterschiedlicher Interessen versprechen.

Der harte ideologische Kern steht also vor der Frage, entweder zu lernen, auf die Überbetonung seines Anspruchs in der Hauptsache zu verzichten — wozu ihn, wie wir gehört haben, Rudolf Bahro aufgefordert hat — oder fortlaufende Spaltungen zu riskieren, die schließlich zum Verlust der Aktionsbasis und in die Isolierung führen müßten.

Das Scheitern einer Grünen Partei wäre jedoch nicht gleichbedeutend mit einem Scheitern der Bewegung selbst. Das Vetopotential kann auch ohne Bundespartei und auch ohne regionale Beteiligung an Wahlen funktionieren. Möglicherweise könnte es sogar besser funktionieren, wenn organisierte Bürgergruppen, die auf eigene Wahllisten verzichten, den „etablierten“ Parteien mit Stimmenentzug drohen. Außerdem ist dieses Potential<sup>8)</sup> stark genug, jederzeit wieder neue Listenverbindungen oder Kleinparteien hervorzubringen. Die Verwirklichung der Drohung, den „Etablierten“ parlamentarisch Konkurrenz zu machen, deutet also eher auf den schwächsten, vermutlich kontraproduktiven Teil eines reichhaltigen Instrumentariums. Ihr Wert liegt vor allem im Ankündigungseffekt, in der Furcht der betroffenen Parteien, jene Stimmen zu verlieren, die bei knappen Mehrheitskonstellationen über Sieg oder Niederlage entscheiden.

## Der BBU und die Umweltparteien

„das Verhältnis der Bürgerinitiativen Umweltschutz zu den Umweltparteien“<sup>9)</sup> erklärte der geschäftsführende BBU-Vorsitzende Hans Günter Schumacher: „Der BBU steht schon deshalb diesen umweltpolitischen Gruppierungen nicht unbeteiligt und ohne inneres Engagement gegenüber, weil ihm ... ein hohes Maß an Vaterschaft zuzubilligen ist. Wenn er trotz ... seiner satzungsmäßigen Verpflichtungen zur Überparteilichkeit eine gewisse öf-

Naturschutz und Deutschbund für Lebensschutz — sind rund fünf Millionen Menschen organisiert. (Frankfurter Rundschau, 30. Januar 1980)

<sup>9)</sup> Hans Günter Schumacher, Verhältnis des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz zu den Umweltparteien, in: Rudolf Brun (Hrsg.), Der grüne Protest. Herausforderung durch die Umweltparteien, Frankfurt 1978.

Der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) beobachtet die neue Grüne Partei mit Sympathie, legt aber Wert darauf, seine parteipolitische Unabhängigkeit zu betonen. In einem Grundsatz-Kommentar über

<sup>8)</sup> Mehr als fünf Millionen Bundesbürger sind derzeit in der Bundesrepublik in 1138 regionalen und 130 überregionalen Umweltschutzgruppierungen organisiert. Die Zahl der Verbände ist in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Nachdem von 1976 bis 1978 dreißig Prozent Zuwachs verzeichnet wurde, ist nach Mitteilung des Präsidenten des Umweltbundesamtes in West-Berlin, Heinrich von Lersner, die Zahl der bei der Behörde registrierten Gruppierungen 1979 um fünfzig Prozent emporgeschnellt. Allein in den vier großen Dachverbänden — Deutscher Naturschutzring, Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Bund Umwelt- und



fentliche Zurückhaltung an den Tag legt, so geschieht dies in dem Bewußtsein, daß es in erster Linie Aufgabe des BBU ist, die Bürgerinitiativbewegung als Basisbewegung zu stärken und zu erhalten, und allem entgegenzuwirken, was eine Schwächung bedeuten könnte. Als außerparlamentarische Kraft müssen Bürgerinitiativen Umweltschutz bestehen bleiben. Es kann also *nicht* darum gehen, daß sich Bürgerinitiativen und Umweltparteien miteinander identifizieren. Jeder für sich sollte eine gewisse Eigendynamik bewahren beziehungsweise entwickeln und als politische Kraft wirken. Überparteilichkeit kann jedoch nicht mit politischer Enthaltensamkeit verwechselt werden, sondern gestattet durchaus Parteinahme für Kandidaten und deren Ziele, wenn diese denen des BBU und seiner Mitgliedgruppen entsprechen".

Damit läßt es der BBU durchaus offen, auch Kandidaten der „etablierten“ Parteien zu unterstützen, wenn sie die Ziele des BBU vertreten. Er kann also nicht nur mit der Drohung eines Stimmenentzugs auf die Parteien einwirken, sondern auch Einfluß auf einzelne Kandidaten und Gruppen der jeweiligen innerparteilichen Opposition ausüben. Dies ist ein sehr wirksames Mittel, auf das er verzichten müßte, wenn er sich offen mit Umweltparteien identifiziert.

Auf der Landeskonferenz der rheinland-pfälzischen Jungsozialisten in Monzingen bei Bad Kreuznach hat der BBU-Sprecher den im Bundestag vertretenen Parteien erneut vorgeworfen, sie hätten es bisher nicht verstanden, eine zukunftsorientierte Umweltpolitik kontinuierlich und glaubhaft zu verwirklichen<sup>10)</sup>.

Schumacher kündigte an, der BBU wolle im Bundestagswahlkampf aufzeigen, „wer die wahren Gegner der Bürgerinitiativen sind und wer sich in unserem Lande ständig gegen eine demokratische Öffnung im Sinne einer richtig verstandenen Bürgerbeteiligung sperrt“. Dabei gäbe es nur noch geringe Unterschiede zwischen den Bonner Koalitions- und Oppositionsparteien. Falls die Parteien die Forderungen der Bürgerinitiativen nicht aufgriffen und verarbeiteten, könnte noch vor den Bundestagswahlen eine Situation entstehen, „in der die inhaltlichen Aussagen des BBU nur noch deckungsgleich mit denen einer ‚Grünen‘ Partei sind, was de facto dann als alleinige Unterstützung dieser Partei ausgelegt werden könnte. Das aber wolle der ‚BBU absolut nicht‘“, versicherte Schumacher, der, wie die Frankfurter

Rundschau berichtete, „nach seinem Referat mit Ovationen überschüttet“ wurde.

## Jusos und Judos — Partner der Grünen?

Johano Strasser, Mitglied der Grundwerte-Kommission der SPD und einer der Wortführer der Parteilinken, erklärte in einem Interview<sup>11)</sup>, daß die SPD-Linke stärker geworden sei als auf dem Hamburger Parteitag vor zwei Jahren, zeige sich an der Abstimmung auf dem Berliner Parteitag 1979 über die Kernenergiepolitik, bei der sich 41 Prozent der Delegierten für den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie ausgesprochen haben.

Auf die Frage, ob sich die Linken in der SPD mit dem Mehrheitsbeschluß zur Kernenergie abfinden oder ob sie weiter für den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie kämpfen würden, sagte Strasser: „Zunächst einmal bedeutet die Entscheidung des Parteitages nicht einseitiges Ja zur Kernenergie. Für die Kernkraftgegner wird es jetzt darauf ankommen, den Berliner Beschluß in den Punkten ‚Vorrang für die Kohle‘ und ‚Energiesparen‘ entschlossen zu verwirklichen, so daß der Bau neuer Atomkraftwerke überflüssig wird. Im übrigen gibt uns das relativ gute Abschneiden der Kernkraftgegner auf dem Parteitag die Hoffnung, beim nächsten Parteitag in zwei Jahren eine Mehrheit für den Ausstieg aus der Kernenergie zu finden.“

Auf die Frage, wie die SPD auf die Umweltschutzbewegung, insbesondere auf die „Grünen“, reagieren sollte, meinte Strasser: „Gerade die SPD sollte die Umweltschutzbewegung sehr ernst nehmen, denn sie ist eine breite soziale Bewegung, deren Bedeutung weit über eine wie immer geartete ‚Grüne‘ Partei hinausgeht. Wenn die SPD in den achtziger Jahren erfolgreich Reformpolitik betreiben will, muß sie die ökologischen Fragen mit dem sozialen Anliegen der Arbeiterbewegung verbinden. Auf eine kurze Formel gebracht: bei der Entwicklung einer humaneren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung müssen wir stärker als bisher auch die natürlichen Bedingungen menschlicher Existenz berücksichtigen, das heißt Abkehr vom industrialistischen Expansionskurs, der Mensch und Natur zu zerstören droht.“

Die Jungdemokraten veröffentlichten am 18. Dezember 1979 einen Wahlaufuf<sup>12)</sup>, wonach sie sich „unter emotionalen Bauch-

<sup>10)</sup> Frankfurter Rundschau, 4. Februar 1980.

<sup>11)</sup> Frankfurter Rundschau, 17. Dezember 1979.

<sup>12)</sup> Frankfurter Rundschau, 19. Dezember 1979.



schmerzen dazu durchgerungen haben, die FDP zu unterstützen". „Die Jungdemokraten“, so heißt es in dem achtseitigen Strategiepapier, „werden daher auffordern, die FDP nicht wegen, sondern trotz ihrer Politik zu wählen, um eine noch schlimmere offen repressive Politik zu verhindern.“ Gleichzeitig äußern die Jungdemokraten jedoch Verständnis, wenn örtlich und regional Jungdemokraten diesen Wahlauf Ruf „wegen einer bei ihnen spezifischen FDP nicht vorrangig unterstützen und Bündnisse gegen Rechts eingehen“.

Solche Stellungnahmen zeigen, daß sich Parteiminderheiten in SPD und FDP der ökologistischen Bewegung bedienen, um die Mehrheiten in ihren Parteien unter Druck zu setzen. Andererseits übt die ökologistische Linke Druck auf diese Minderheiten in SPD und FDP aus, indem sie mit ihnen um den Anspruch auf die unter den gegebenen Verhältnissen der Bundesrepublik „richtige“ linke Strategie konkurriert. SPD und FDP pflegen seit einigen Jahren solche Stellungnahmen zu ignorieren. Damit wären wir an den Generationskonflikt zurückverwiesen. Die „Toleranz“, mit der hier reagiert wird, vermeidet eine politische Antwort. Diese allerdings würde jene kritischen Gruppen aufwerten und könnte in der SPD einen Streit um die Sozialismusfrage auslösen, den man aus guten Gründen lieber im abgeklärten Klima von Grundwertekommissionen als im öffentlichen Schaukampf führt.

### **Autoritärer Führungsstil?**

#### **Parteibasis und Mitglieder mehrheit**

Wenn es auch richtig ist, daß verbale Kraftakte und gelegentliche Drohungen mit Massenaustritten für die Mehrheit der jungen Mitglieder von SPD und FDP nicht repräsentativ sind, so bleibt doch die Tatsache, daß diese Mehrheit desinteressiert, verunsichert, aber wohl auch schadenfroh dazu schweigt. Offenbar gelingt es SPD und FDP immer weniger, ihre innerparteilichen Meinungsbildungsprozesse so zu führen, daß ihre linken Minderheiten die Mehrheitsmeinungen respektieren, statt sie in aller Öffentlichkeit gerade noch zu ertragen. Die Mehrheitsmeinungen, so scheint es, werden von der linken innerparteilichen Opposition (vor allem der SPD) nur noch unter lautem Protest (und der Ankündigung, daß in absehbarer Zukunft alles ganz anders gemacht werde) als der eigentlich viel zu hohe Preis hingenommen, der nun einmal jetzt gezahlt werden müsse, um die Regierungsfähigkeit zu erhalten und noch Schlimmeres zu verhüten.

Die von den Mehrheiten, die die Bundesregierung tragen, erreichten und erreichbaren politischen Ergebnisse wirken in diesem Licht verkleinert und entstellt als das nur noch schwer zu Erkennende der von der „Basis“ eigentlich gewollten ganz anderen Politik. Die breite Mitte in SPD und FDP benutzt das wirksame Argument der Notwendigkeit, die Regierungsfähigkeit zu erhalten, zur Disziplinierung ihrer Parteiminderheiten. Im übrigen erwecken Sozialdemokraten und einige Liberale gelegentlich den Eindruck, als müßten sie ihre politischen Ergebnisse mit einem schlechten sozialdemokratischen oder liberalen Gewissen verteidigen. Einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der innerparteilichen Opposition weicht die Mehrheit weitgehend aus, weil sie meint, daß die gut funktionierende Disziplinierung durch Mehrheitsbeschluß auf die Öffentlichkeit besser wirkt als eine lang dauernde innerparteiliche Auseinandersetzung. Diese braucht allerdings mehr Zeit als ein Parteitag, der sich verpflichtet glaubt, schließlich einig enden zu müssen.

Wird der innerparteiliche Dissens über die Inhalte der „Politik, die man macht,“ verlagert auf eine Ebene, wo der Minderheit die Lust über die Inhalte der Politik zu streiten vergehen soll, wo Zeitdruck, Parteitagsregie und vor allem Appelle, ein Mindestmaß an Geschlossenheit zu wahren, wirksamer sind als alle anderen Argumente? So wird gefragt.

Und es wird weiter gefragt: Sind deswegen alle anderen Argumente nur noch Material für Grundsatzkommissionen, die sie unter Bergen von Papier begraben? Sind diese Argumente von der „Politik, die wirklich gemacht wird,“ so weit entfernt, daß man sich konkret über sie nicht mehr zu streiten braucht? Dient die Binsenwahrheit, daß Politik zuerst Handlungsfreiheit voraussetzt, als Alibi, um schwierige Konfliktlösungen zu umgehen unter dem Vorzeichen des einfachen Machtkalküls? Ist es ‚gesund‘, wenn in zahlreichen Versammlungen der sozialdemokratischen Parteibasis die Meinungsbildung und das Ergebnis von Abstimmungen weitgehend den Linken überlassen bleibt, weil die überwiegende Mehrheit der Mitglieder, die auf allen Parteiebenen Mehrheiten bilden könnte, an diesen Versammlungen nicht teilnimmt? Dies läßt sich nicht einfach damit erklären, daß schon immer wenig mehr als zehn Prozent der Mitglieder aktive Versammlungsbesucher in den SPD-Ortsvereinen waren. Diese rund zehn Prozent aktiver Versammlungsbesucher vertraten jedoch noch bis in die sechziger Jahre das Meinungs-



spektrum der Gesamtpartei, während heute an der Basis der linke Flügel mehr als alles andere die Abstinenz der Mitgliedermehrheit repräsentiert, die sich der innerparteilichen Auseinandersetzung versagt. Für die auf diese Weise zustandegekommene und öffentlich vorgetragene Meinung lokaler Mehrheiten ist dann gelegentlich Bundeskanzler Schmidt nicht wegen seiner sozialdemokratischen Politik der beste Kanzler, sondern weil es zu ihm, obwohl er kaum sozialdemokratische Politik mache (oder machen dürfe), keine Alternative gäbe.

Die Abstinenz der Mitgliedermehrheit, die sich weigert, ihrer Meinung an der Basis Gewicht zu verschaffen (weil sie lieber vor dem Fernseher sitzt und meint, der nächste Parteitag werde schon alles ins rechte Lot bringen), läßt die SPD vor allem aus der Sicht der jungen Wähler als eine Partei erscheinen, deren Politik von der „eigenen“ Regierung auf kaum erträgliche Weise opportunistisch verfremdet und gelegentlich, wie in Fragen des „Radikalerlasses“, der Energiepolitik, des Umweltschutzes, der Finanzpolitik und der Abrüstung — um einige der wichtigsten zu nennen — in ihr Gegenteil verkehrt wird. Dennoch soll aber gerade diese Politik den Wähler überzeugen, sozialdemokratisch zu wählen. Unter dem Eindruck solcher hausgemachten Konfusion wenden sich viele junge Wähler den grün-bunten Gruppierungen zu.

Es geht hier nicht um das natürliche Spannungsverhältnis zwischen einer Partei und Vertretern dieser Partei, die als Abgeordnete und Regierungen in Koalitionen Kompromisse akzeptieren müssen; es geht vielmehr darum, daß die in Koalitionen gemachte sozialdemokratische Regierungspolitik in zahlreichen Verlautbarungen der Parteiopposition nicht mehr als sozialdemokratische, sondern nur als widerwillig ertragene, of gegnerische Politik verstanden wird. Die Massenmedien spiegeln und vergrößern diesen Eindruck, der dann auf die Gesamtpartei projiziert wird. Diesem Eindruck folgend, konnte man meinen, es müsse dem Bundeskanzler auf dem Berliner SPD-Parteitag nicht leichtfallen, für die Entscheidungen seiner Regierung zur Sicherung der Energieversorgung und zu Modalitäten der Nachrüstung eine deutliche Zustimmung der Mehrheit zu finden. Eine solche Annahme, die sich auf überproportional vergrößerte Meinungsäußerungen der linken (lokalen) Parteiopposition stützte, war natürlich falsch. Denn wenn es um wichtige Entscheidungen geht, stellt sich heraus, daß es gar keiner großen An-

strengung bedarf, um die wirkliche Mehrheitsmeinung in die Waagschale zu werfen. Dabei fällt nicht einmal ins Gewicht, daß die Vertreter der opponierenden Minderheit dank der Abstinenz der lokalen Mehrheiten weit mehr Delegierte zu den Parteitagen entsenden können, als dies bei stärkerer Beteiligung der gesamten Mitgliedschaft am Parteileben der Fall wäre. Ihre sachpolitischen Argumente, denen zu Hause mangels Publikum nur wenige widersprachen, erweisen sich auf dem entscheidenden Parteitag schließlich als wirkungslos. Jetzt gilt nur noch die „Nagelprobe“, die Regierungsmeinung schließlich hinzunehmen oder die Regierungs- und Handlungsfähigkeit der Partei aufs Spiel zu setzen. Also übt sich die innerparteiliche Opposition in Solidarität und führt zu Hause — wo sie es so leicht hat — den innerparteilichen Dissens in einer Weise fort, als ob es die Parteitagsbeschlüsse gar nicht gäbe.

### Bestätigung alter Vorurteile

Wer die Repräsentation der lokalen Parteibasis weitgehend einer Minderheit überläßt, die ständig die „Defizite“ der Regierungspolitik beklagt und sich dabei aufführt, als sei sie die „eigentliche Basis“ der Partei, darf sich über entsprechende Auswirkungen auf das allgemeine Politikverständnis nicht wundern. So kultiviert man die Legende von der Politik, die sich in der Wirklichkeit ihres Vollzugs immer in schlechte verwandelt. Solche Sicht bestätigt alte, hierzulande stark verwurzelte Vorurteile. Wer um die bestmögliche, jetzt machbare Politik nicht kämpfen will, bewegt sich gern in der reinen Luft der Werte, wo er seine Kraft den großen Entwürfen zuwenden kann, unverantwortet, in weiter Entfernung von den Schmutzspritzern der tatsächlichen Verhältnisse. Was für die „Politik, die wirklich gemacht wird,“ dann übrigbleibt, erscheint nur noch als häßliches Geschäft. Dieser Vorführungsstil aber wirkt abschreckend in einer Zeit, in der die parlamentarische Demokratie mehr denn je von der Partizipation kritischer Bürger abhängig ist.

Politisches Engagement soll die eigenen Ansprüche an den Schwierigkeitsgraden der Politikverwirklichung messen, sonst bleibt es steril oder muß nach alternativen Möglichkeiten suchen. Dann wird der Boden bereitet, auf dem Protestbewegungen wachsen. „Expertokratie“, fortschreitende sachpolitische Austrocknung der innerparteilichen Diskussion als Ursache und Folge der Abstinenz einer Vielzahl träge



gewordener Mitglieder und einer dauernden Überbelastung der leider zu geringen Zahl solcher Parteimitglieder, die sich aufopfernd bemühen, ihre Arbeit mit dem Bürger zu leisten, kennzeichnen das veröffentlichte Bild aller Parteien.

Ist der „autoritäre Führungsstil“ unserer Parlamentsparteien die Ursache oder die Folge dieser Verhältnisse? Ihre Hauptursache ist jedenfalls nicht die vielfach beklagte manipulative Geschicklichkeit der Parteiführungen, sondern die Trägheit der breiten Mitgliedermitte. Diese will sich lieber auf die Führung verlassen, der sie zustimmt, als zeitraubend mit einer Minderheit diskutieren, die sie ohnehin bei jeder wichtigen Entscheidung leicht überstimmen kann.

Im Widerspruch zu einem angeblich autoritären Führungsstil steht auch die Realität des Parteilbens. Der innerparteilichen Opposition wird mangels Anwesenheit der Mitgliedermitte ein Spielraum zur Selbstdarstellung überlassen, der weit über das Gewicht dieser Minderheiten in der Gesamtpartei hinausgeht. Außerdem ist der Eindruck, es gebe in der Mitgliedschaft kein ausreichendes Betätigungsfeld für sachpolitisches Engagement, mit einer nicht abreißen lassen Flut sachpolitischer Anträge zu den Parteitagungen zu widerlegen. Der Vorwurf einer autoritären, manipulierenden Parteiführung entpuppt sich also bei näherem Hinsehen als Schutzbehauptung einer keineswegs von der Parteiführung, sondern von der breiten Parteimitte allein gelassenen innerparteilichen Opposition. Die laute Klage über mangelnde innerparteiliche sachpolitische Diskussion — soll sie nicht übertönen, daß die eigenen Beiträge von der Mitgliedermitte zurückgewiesen werden? Und ist das Verdikt über die mangelnde Bereitschaft, ausdauernd über Sinngehalte der Politik zu diskutieren, nicht der Ausdruck der Enttäuschung darüber, daß die Mitgliedermitte zu diesen Fragen völlig andere Ansichten vertritt?

Hermann Scheer<sup>13)</sup> hat darauf hingewiesen, „daß in manchen . . . Parteitheorien über oligarchische Parteistrukturen offenkundig die unausgesprochene oder vielleicht auch unbeachtete Prämisse (steckt), nur eine ‚konsequente Minderheit‘ stelle die eigentliche Parteibasis dar, weil sie allein das richtige Bewußtsein vom richtigen Weg einer gesellschaftlichen Demokratie hat. Die zahlenmäßige Mehrheit

wird zu einer qualitativen Minderheit uminterpretiert, da diese Mehrheit nur das erfolgreich verführte und ständig genasführte Produkt der Parteioligarchie sei. Die Parteioligarchie hindere die Mitgliedermassen daran, ihre wahren Interessen zu erkennen, und behindere mit undemokratischen Mitteln die bewußte Minderheit am Erfolg zur Mehrheit. Auf diese Weise wird die Minderheit zur eigentlichen Mehrheit umgeschrieben, die nur nie zum Tragen käme.“

Auf der Grundlage einer solchen Theorie, die, obwohl sie von links stammt, auch gern von rechten Kritikern der Parteien übernommen wird, kann der Verdruß der Minderheit an der Mehrheit rationalisiert werden:

— Die Mehrheit hat ein falsches Bewußtsein; hätte sie ein richtiges, würde die Minderheit die Mehrheit gewinnen.

— Die Mehrheit wird von der Parteioligarchie verführt und die Minderheit von dieser Oligarchie am Erfolg zur Mehrheit gehindert.

— Schuld am Mißerfolg der Minderheit hat also nicht die Mehrheit, sondern die Parteioligarchie.

Solcherart Verdrängung bewahrt die Minderheit vor der für sie unerträglichen Einsicht, daß die Mehrheit die Ansprüche der Minderheit einfach deswegen zurückweist, weil sie ihre anderen, eigenen Forderungen durchsetzen will. Die Konsequenz dieser Einsicht wäre, daß die Minderheit sich mit den Argumenten der Mehrheit auseinandersetzen und diese als ein gleichrangiges Recht auf Meinung respektieren müßte, statt sie von vornherein als Produkt eines ferngesteuerten falschen Bewußtseins zu diskreditieren. Freilich bleibt so der Überzeugungswert der Argumente des „richtigen“ Bewußtseins vor jeglicher Prüfung verschont. Der Mißerfolg ist anscheinend immer dann das Werk von Manipulationen, wenn er als Ergebnis einer demokratisch geführten Auseinandersetzung nicht wahr sein darf. Der Realitätscharakter der politischen Forderungen der Minderheit wird so der kritischen Prüfung entzogen, der Realitätsverlust kann gehegt werden.

Auf die Öffentlichkeit aber wird diese Larmoyanz vornehmlich linker Minderheiten übertragen als Ausdruck der allgemeinen Verdrossenheit über oligarchisch verkrustete Parteien, die ihre Mitgliederbasis, und erst recht die Bürger außerhalb, an der Partizipation hindern. Dieser Erklärungsversuch fließt ein in eine Grundströmung hochgespannter Erwar-

<sup>13)</sup> Hermann Scheer, Parteien kontra Bürger? Die Zukunft der Parteiendemokratie, München 1979, S. 150.



tungen und entsprechender Enttäuschungen über das, was von der Politik verlangt wird. In ihr vermischen sich systemgerechte Parteienkritik und vordemokratischer Antiparteienafekt zu einem verwirrenden Zerrbild unserer demokratischen Realität.

Wissen die Linken eigentlich, was sie der Demokratie mit ihrer Weigerung antun, ihren Realitätsverlust in der Sachauseinandersetzung mit der Mehrheit abzarbeiten? Wissen sie, welchen Interessen sie dienen, wenn sie die Schuld an ihrem Unvermögen, demokratische Niederlagen zu ertragen, auf die „Herrschaftsstrukturen“ des Systems projizieren?

### Jean Améry: „Vor uns liegt nicht das ‚letzte Gefecht‘“

Jean Améry<sup>14)</sup> spricht in einem seiner letzten Essays von der Restauration, „die ein Land geschaffen hat, in dem sich leben ließ und läßt und das als ‚faschistoid‘ zunächst nur von jenen attackiert wurde, die seine verwöhntesten, privilegiertesten Kinder waren: von einer studentischen Jugend, die weniger ‚entfremdet‘ war, als sie es sich eingestehen wollte, vielmehr, sofern sie mit sich ehrlich war, die ‚Konsumpeitsche‘, von der sie redete, auf so wonnige Weise verspürte, wie der Masochist die Prügel des Meisters, den er sich gewählt. Angeführt war sie von einer Anzahl, oh, wie hochdistinguierter, verfeinerter, ästhetisch empfindlicher Universitätslehrer, die luxuriös

wohnten, reisten, dachten. Die Revolution, beziehungsweise ihr Mythos, wurde selber zum Konsumgut ...“

Gegen die realen Gefahren einer „kerndeutschen Obrigkeitsstaatlichkeit, die in den Tagen des Wilhelminismus auskam ohne Tortur, ohne alle Anzeichen physischer Brutalität“, könne die Linke nicht ankommen mit Begriffen, die dem Volk nichts sagen, auch nicht mit verhängnisträchtigen Schlagworten, wie dem von der „großen Weigerung“. „Was uns obliegt, ist zunächst einmal jene Zivilcourage, die ich heute ebenso vermisse wie in den Jahren, da man mit einem offenen Wort nicht etwa eine lukrative Karriere riskierte, sondern den Kopf ... Unsere nimmermüde Wachsamkeit darf uns (heute) nicht dazu verleiten, ‚Feurio!‘ zu schreien, wenn noch keine Flammen aufzucken ... Wir werden ohne Heroismus und persönliches Heilsvorhaben auskommen müssen ... Vor uns liegt ... nicht das große Drama ... eines blutigen letzten Gefechts. Wir müssen uns damit abfinden, Kleinkriege zu führen, die vor allem in geduldiger Aufklärungsarbeit bestehen: sie werden der Bevölkerung auch plausibel werden, nicht die schrillen Alarmschreie, die manche unter uns ausstoßen, und schon gar nicht die heil- und trostlosen Begriffsspekulationen, auf die keiner hinhört und die wir ja immerhin als eine Art von politischen Freizeitvergnügen pflegen können, wenn es uns danach gelüstet. Der Hitler, den wir erlebten, wir und nur wir, nicht die jungen Assistenten in zeitgeschichtlichen Seminaren, ist einfach nicht da ...“

### Wer analysiert die Analysen?

Die größte Gefahr des Zerrbildes von der Auszehrung demokratischer Energien liegt darin, daß diese Gefahr wächst, je mehr man daran glaubt. Diese Gefahr scheint von einem sich allgemein ausbreitenden Pessimismus auszugehen, der alles Erreichte und Erreichbare in einen Abgrund der Enttäuschung unreal überzogener Ansprüche fallen läßt. Verbreitet sich ein Grundverständnis von Politik, das schon in vergleichsweise ruhigen Zeiten die Ergebnisse ihres Vollzugs nur noch widerwillig als das um den eigentlichen Hauptgewinn verkürzte, kaum noch Erträgliche hinnimmt, so muß man sich fragen, welche Reaktionen in

Zeiten schwerer Belastungen zu erwarten wären. Die politisch Verantwortlichen, vor allem die zu Sündenböcken erkorenen Parteien, tun also gut daran, ernsthaft zu prüfen, ob der sich verbreitende Eindruck, die Diskrepanz zwischen politischen Ansprüchen und der Erfüllung dieser Ansprüche würde sich ständig vergrößern, zutreffend ist. Wenn er zutreffend ist, wo liegen dann seine Ursachen? Wenn er unbegründet ist, warum ist er dann so weit verbreitet?

Wir alle leben mit Vor-Urteilen, die uns aus philosophischem oder religiösem Glauben und daraus abgeleiteten Ideologien je nach dem Verlauf unserer persönlichen Erfahrungen zugewachsen sind. Folglich leben auch die Sozialwissenschaften, die heute mit ihrer wichtigsten Hilfsdisziplin, der empirischen

<sup>14)</sup> Jean Améry, In den Wind gesprochen, in: Die zornigen alten Männer. Gedanken über Deutschland seit 1945, herausgegeben von Axel Eggebrecht, Reinbek 1979, S. 273ff.



Umfrageforschung, „die Physiognomie einer Staatsgesellschaft messen und erkunden, wie sie sich aus den verschiedensten und im weitesten Sinne des Wortes politischen Orientierungen ihrer Bevölkerung ergibt“<sup>15)</sup>, in der ständigen Gefahr des grenzüberschreitenden Mißbrauchs ihrer nach bestimmten Kriterien in einem bestimmten Bezugsrahmen gewonnenen Ergebnisse. Diese können — woran weder Sozialwissenschaftler, noch deren Auftraggeber, noch deren Multiplikatoren völlig unschuldig sein müssen — leicht als Resultate exakter Wissenschaft die Meinungen jener manipulieren, die eigentlich objektiv zu erkunden wären.

Martin und Sylvia Greiffenhagen<sup>16)</sup> haben verdienstvollerweise darauf hingewiesen, daß die Gründe der Skepsis gegenüber dem gewiß zur „politischen Kulturforschung“ unentbehrlichen Hilfsinstrument der empirischen Umfrageforschung „so zahlreich sind wie die Methoden, die der Umfrageforscher anwendet, die Theorien, die diesen Methoden zugrunde liegen, die Gesellschaftsbilder und Staatsvorstellungen, denen der Demoskop selber sich wesentlich oder unwissentlich verbunden fühlt. Objektivität ist der Maßstab seines Tuns, bleibt aber selten genug festzustellendes Ergebnis“.

### Wir alle stehen unter Ideologieverdacht

Die demoskopischen Daten — mehr noch die weitergehenden Interpretationen sozialwissenschaftlicher Strukturanalysen, die manchmal in politische Theologie ausarten — sollten nicht nur nach der Art ihres Materials und ihrer Methodik hinterfragt werden. Wer über das Instrumentarium zur Erforschung der politischen Kultur, die Möglichkeiten zur Interpretation von (Teil-)Ergebnissen und die Art ihrer Veröffentlichung verfügt, wirkt in so gravierender Weise auf den wechselseitigen Prozeß der Bildung und der Verbreitung von Meinungen, daß er selbst in die Analyse einbezogen werden sollte. Weit davon entfernt, Wissenschaftler, Interpreten, Auftraggeber und Multiplikatoren in den Medien zu Sündenböcken zu machen, darf gefordert werden, daß auch deren Motivationen nach Kriterien bewertet werden, mit denen sich die Experten den Objekten ihrer Untersuchungen zuwenden. Auch sie stehen, wie wir alle, unter Ideo-

logieverdacht. Dies gilt um so mehr, je weniger der Anteil ihrer Sachautorität und die Reichweite ihres Instrumentariums in den Wechselwirkungen der Meinungsforschung, der Meinungsbildung und der veröffentlichten Meinung hinterfragt bleiben.

Auf das Thema der ökologistischen Bewegung bezogen sei daher die Frage gestattet, in welchem Maße die den Mittelschichten angehörenden analysierenden Kulturforscher, Demoskopien und Multiplikatoren ihre eigenen, vielleicht ähnlichen Bedürfnisse nach postmaterialistischen Modellen auf Fragestellungen und Ergebnisse ihrer Analysen projiziert haben. Den zu erwartenden Protest, daß hier der Bote bestraft werden soll, der eine unangenehme Nachricht bringt, sollten wir gelassen hinnehmen. Es geht nicht um Beschuldigungen, sondern allein um das vernünftige Recht, auch jenen kritische Fragen zu stellen, deren Beruf es ist, unser Bewußtsein kritisch zu untersuchen, aber nicht priesterlich zu verwalten.

Da fällt nun zunächst auf, daß uns die Entstehungsbedingungen der ökologistischen Bewegung an Erklärungsmustern verdeutlicht werden, die offenbar aus den gleichen Motivationsquellen stammen wie die Erklärungsmuster der ökologistischen Bewegung selbst. Letztere sind natürlich der Ausgangspunkt der Analysen. Aber liegt es wirklich nur an der objektiven Wiedergabe der mit wissenschaftlicher Methode gewonnenen Informationen, daß manche Auswertungen die Motivationen und Projektionen der ökologistischen Bewegung eher auch ihrerseits auf das Bild der Gesellschaft übertragen als Aufschluß darüber geben, ob es sich hier um Realitätsgehalte gruppenspezifischer Selbstspiegelungen handelt oder um die Realitätsgehalte gesellschaftlicher Veränderungen? Ohne Zweifel sind auch solche Selbstspiegelungen eine Realität. Sie unterscheiden sich jedoch von der Wahrnehmung gesellschaftlicher Fakten durch die Täuschung, das Spiegelbild der Vorstellung einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe von der Gesellschaft sei das Spiegelbild der Gesellschaft selbst.

Referieren nicht die weitaus meisten Ergebnisanalysen die „Sinnkrise“ und die „Strukturdefizite“ hochindustrialisierter Gesellschaften als Symptome empirisch nachzuweisender Systemschwäche? Über die Zumutung, einmal mit gleicher Intensität über das Gegenteil nachzudenken, würden manche Sozialwissenschaftler vermutlich fassungslos staunen oder

<sup>15)</sup> Martin und Sylvia Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands, München 1979, S. 19.

<sup>16)</sup> Ebd., S. 21 ff.



in lautes Gelächter ausbrechen. Könnte es denn nicht sein, daß die „Sinnkrise“ Ausdruck des Unbehagens an der geistigen Freiheit ist? Ist es aber für viele nicht eine Lust, in einer Gesellschaft zu leben, die darauf verzichten kann, den Lebenssinn kollektiv zu verordnen? Und lohnt es sich nicht, dafür einen hohen Preis zu zahlen? Sind die Strukturdefizite der entwickelten Industriegesellschaften nur eine Folge ihrer Schwächen und nicht auch ihrer Kraftentfaltung als der Preis, den diese Kraftentfaltung fordert? Verstärkt sich nicht der Eindruck des Ausmaßes solcher Struktur-schwächen mit der Verfeinerung des Instrumentariums, das diese Schwächen registriert und die Impulse zu Reformen auslösen kann? Und ist nicht das Potential dieser Reformen und der ständig wachsende Anspruch an ihre Qualität — also das Bewußtsein immer größerer Defizite — ein Produkt dieser Entfaltung, für das wir einen Preis zu zahlen haben?

Ist das wachsende soziale Anspruchsniveau nur eine Folge alter sozialer Mißstände, oder ist es auch das Ergebnis kontinuierlicher Erfüllung der Bedürfnisse von Menschen, die das Recht haben, vom sicheren Sockel eines erreichten Besitzstandes, die Befriedigung neuer Bedürfnisse auf einem noch höheren Niveau zu fordern? Und ist der Preis für diese Freiheit nicht ein sich ständig nach vorn verschiebendes soziales Defizit?

Ist Parteienverdrossenheit, ja, Staatsverdrossenheit, nicht die äußerste Wohltat freiheitlich verfaßter Gesellschaften, eine systemimmanente Qualität aller Gesellschaften, die es sich leisten können, sie nicht von Gesetzes wegen zu verbieten? Und gewinnen wir nicht aus diesem Freiheitsrecht die Möglichkeiten, die von uns erkannten Mißstände offen zu bekämpfen und für immer bessere Zustände zu sorgen? Muß also nicht unsere Verdrossenheit in dem Maße wachsen, in dem wir auf der Grundlage des Erreichten sensibler werden; und lohnt es sich nicht, dafür zu ertragen, daß wir immer verdrossener werden müssen, je anspruchsvoller wir sind?

Diese Fragen sind zu stellen — und es ist zu fragen, aus welchen Gründen sie bisher *nicht* oder doch nicht hartnäckig genug gestellt werden. Dem ist die Frage hinzuzufügen, von *wem* sie nicht gestellt werden. Offensichtlich werden diese Fragen noch von allen gestellt, die sich bewußt sind, daß jede Forderung ihren Preis hat. Das sind vor allem die aufrückenden breiten Schichten, die Mitglieder der Industriegewerkschaften, die kleinen und mittleren Beamten, die Bauern und die kleinen und

mittleren freiberuflich Tätigen, die breite Mehrheit der Wähler also, die sich noch nicht zu der Erkenntnisstufe des richtigen Bewußtseins von den Defiziten emanzipiert hat, unter dem die Söhne und Töchter der gehobenen Mittelschichten so unsäglich zu leiden haben.

Vorläufig: „Man weiß, daß nicht nur politische Partizipationsbereitschaft, sondern ebenso Partizipationsfähigkeit noch vorwiegend auf die Mittelschichten beschränkt sind. Bei Industriearbeitern mißt man dagegen eine gegenwärtig wachsende Unfähigkeit, überhaupt noch zu einer Bewertung gesellschaftlicher Zusammenhänge zu kommen (Kern/Schumann, 1970). Einstellungen zu politischen Einzelfragen verbinden sich bei der Mehrheit der Bevölkerung noch nicht zu einem widerspruchsfreien Gesamtbild, weil das Interpretationsschema fehlt, das Raster, welches die politischen Einzelphänomene in ihrem sozialen Kontext verknüpfen könnte. Mit wachsendem Bildungsniveau wächst dagegen die politische Orientierungsmöglichkeit und damit die Chance zur Folgebereitschaft gegenüber einer demokratischen Führung, auch in schwierigen Zeiten.“<sup>17)</sup>

Man höre und staune: die Industriearbeiter und ihre Arbeiterbewegung, die in allen Industrieländern des Westens einen entscheidenden Beitrag zur Erkämpfung demokratischer Grundrechte leisteten, die Industriearbeiter, die den Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland eine Ausgangsposition wirtschaftlicher Mitbestimmung (also Partizipation) erstritten haben, die in der Welt ihresgleichen sucht, die Industriearbeiter, die den wertvollsten Teil unseres Sozialprodukts erarbeiten und nicht erklären, diese Industriearbeiter, die ohne zu murren einen hohen Teil der Rechnung zur akademischen Selbstverwirklichung der Söhne und Töchter der gehobenen Mittelschichten zahlen — diese Industriearbeiter seien wachsend unfähig zur Partizipation? Und erst mit dem Bildungsniveau wachse die politische Orientierungsmöglichkeit und damit auch die demokratische Konfliktfähigkeit?

Da muß nun gefragt werden, welche Art von Bildungsniveau gemeint ist. Hat die Zeit des Nationalsozialismus in diesem Land nicht eben erst bewiesen, daß das Bildungsbürgertum das am wenigsten konfliktfähige und darum anfälligste Element der Gesellschaft für die Diktatur war? Es waren doch nicht die Ar-

<sup>17)</sup> Ebd.



beiter oder die Angehörigen der Oberschicht, die den Nationalsozialismus schon in der Anfangsphase seiner „Machtergreifung“ in zahllosen Dissertationen und sonstigen Bekenntnissen verinnerlichtet! Es war auch nicht das Bildungsbürgertum, das im Widerstand den höchsten Blutzoll leistete, sondern die „kleinen Leute“ und Vertreter der „reaktionären Militärführung“.

Das Bildungsbürgertum hat sich in Deutschland allemal zur Anpassung bereitgefunden — mit der einen wichtigen Einschränkung, daß sein besonderer Status durch die „Nivellierung“ mit den Massen des minderen Status, also wachsender Egalisierung der Chancen, nicht gefährdet wird. Dann nämlich reagiert es mit Ausgliederungsdrohungen, die in der nun erreichten Entwicklungsphase der Bundesrepublik als einer hochentwickelten Industriegesellschaft zum ersten Mal auch im „linken“ Gewande auftreten.

Diese Verkleidung ist zunächst nicht leicht zu erkennen, weil sie vorgibt, gerade die Rückstände der Chancen-Egalisierung, die angebliche Blockade weiterer Emanzipation, zu bekämpfen. Sie ist aber durchaus zu erkennen, wenn die Argumente im Kontext mit den spezifischen Bedürfnissen derer analysiert werden, die sie uns vortragen. Hier zeigt sich deutlich, daß sich die Argumente gegen die ökonomische Basis wenden, die aus ihrem Überfluß die Voraussetzungen für den Zugang der Massen zu den Lebensbedingungen der Mittelschichten schafft. Dies aber wird geleugnet. Wer nämlich anerkennen muß, daß Egalisierung der Chancen heute in weit stärkerem Maße als jemals zuvor den Nachrückenden sozialen Zugang zu den Lebensbedingungen der Mittelschichten ermöglicht, der müßte auch den daraus entstehenden wachsenden Wettbewerbs- und Leistungsdruck im Korridor der

Status gewährenden Berufe als einen dafür zu zahlenden Preis anerkennen, statt ihn als eines der schlimmsten heutigen Übel unseres Systems zu attackieren.

Wer diesen Preis also nicht für ein sehr notwendiges Übel hält, könnte Gründe haben, die keineswegs dem System anzulasten sind. Einer dieser Gründe ist offensichtlich, daß wachsende Chancen-Egalisierung die Chancen derer einschränkt, die bisher ungestört von vielen anderen — die jetzt ihrerseits gleichrangige Ansprüche anmelden — darüber verfügen konnten. Ihren tiefen Unmut gegen weitere Öffnungen verbergen die Bedrängten hinter Attacken auf das System, das diese Öffnungen vorantreibt, die sie aber verleugnen, weil sie sich als Marxisten (die sie ja merkwürdigerweise sein wollen) ihrer wahren Motive schämen müßten. Also behaupten sie, die wirkliche Emanzipation könne nur eine Revolution bringen oder mindestens eine radikale Reform an Haupt und Gliedern der sozialstaatlich getarnten kapitalistischen, expansionistischen, selbstmörderischen Wettbewerbs- und Leistungsökonomie.

Ist aber die ökonomische Basis verspielt, die den Bedingungs- und Leistungsrahmen für eine sozialfriedliche Konfliktlösung der Verteilungskämpfe in einem fortschreitenden Emanzipationsprozeß geschaffen hat und aufrechterhält, so wird die Emanzipation *entw*irklcht. Sie wird zu einer Utopie, die sich mangels realer Voraussetzungen nicht mehr konkretisiert. Für die Arrivierten kann sie Popanz sein, den sie dann zu Repressionen bei der Verteidigung ihrer Privilegien benötigen. Den Revolutionären dient sie zur Rechtfertigung ihres elitären Anspruchs als Avantgarde einer egalitären Gesellschaft, den sie bei gelungener Revolution, ungestört von den Massen, monopolartig zu verwalten wünschen.

## Muster des Wertwandels — Import oder Eigenwuchs?

Es ist gewiß alles andere als Aufgabe der Sozialwissenschaften, das System unserer Gesellschaft zu rechtfertigen, und niemand schützt sie vor Mißbrauch ihrer kritischen Analysen, die ihr Geschäft sind, als wir selbst. Wissenschaftler und wissenschaftliche Multiplikatoren müssen sich jedoch einer Kritik stellen, die danach fragt, ob eine undifferenzierte, eher modische Anwendung von „Mustern des Wertwandels im Übergang zur postindustriellen Gesellschaft“, die vornehmlich aus der amerikanischen Sozialforschung stammen

(und dort vor einem vom deutschen völlig verschiedenen Erfahrungshintergrund auf ganz andere Weise, vor allem viel gelassener, rezipiert werden), nicht zu einer schablonenhaften Bewertung unserer hiesigen gesellschaftlichen Entwicklung geführt haben. Der Eifer, mit dem solche gewiß interessanten Spekulationen auf deutsche Verhältnisse übertragen werden — ohne die Vermittlung der spezifischen Bedingungen dieser Analysen und der Einschätzung ihres Stellenwerts durch das



amerikanische Publikum — schmeckt nach Provinzialität.

Die geistigen Wurzeln unserer Studentenrevolte und der darauf folgenden ökologistischen Bewegung sind Importe aus den USA, die dann in deutscher Verpackung als Phänomene „der“ fortgeschrittenen Industriegesellschaft nach den auf eine ganz andersartige Gesellschaft bezogenen amerikanischen Erklärungsmustern interpretiert wurden. Selten wurde danach gefragt, was denn an diesen Bewegungen bundesrepublikanischer Eigenwuchs oder eine Folge der von den Massenkommunikationsmitteln stimulierten Nachhol- und Nachahmungszwänge war. Das gilt sowohl für den wissenschaftlichen als auch für den kulturrevolutionären Fundus, und es gilt vor allem für den publizitätswirksamen Vorführungsstil dieser Bewegungen.

Während deutsche Studenten für die Beendigung des Vietnamkrieges zu kämpfen glaubten und das amerikanische System als Ursache aller Übel attackierten, übersahen sie, daß eben nur dieses System eine Protestbewegung hervorbrachte und ertrug, die genügend Kraft entfalten konnte, der größten Militärmacht der Welt von innen Einhalt zu gebieten.

Während die ökologistische Bewegung die Kräfte gegen einen angeblich die Menschheit vernichtenden Industrialismus sammelt, der in den Vereinigten Staaten von Nordamerika sein höchstes Potential entfaltet hat, sollte sie sich gelegentlich daran erinnern, daß sie den Fundus ihrer wissenschaftlichen Information, ihrer ideologischen Erklärungsversuche und ihren publizitätswirksamen Vorführungsstil der Urheberschaft dieses „mörderischen“ Systems verdankt, das in seinem Überfluß solche Selbstregulierungskräfte hervorbringt und nicht nur toleriert, sondern existentiell sichert. Die Belastbarkeit dieses amerikanischen Systems entspricht seiner Toleranz im Common-sense-Grundvertrauen auf eine Integrationsfähigkeit, von der wir nur träumen können.

Stellen wir nun die Frage, was an der bundesdeutschen ökologistischen Bewegung eigenwüchsig und auf den realen Zustand unserer Gesellschaft wirkt und was als Übertragung modischer Klischees und als Projektion von Bedürfnissen in riesenhafter Vergrößerung als etwas erscheint, was es in Wirklichkeit gar nicht ist. Was bleibt nach Abzug des Importanteils übrig?

Eigenwüchsig ist der Eifer, mit dem ein Teil unserer Sozialwissenschaftler und deren pu-

blizistische Multiplikatoren gesellschaftliche Realitäten in Interpretationen spiegeln, die in einen völlig anderen Kontext gehören. Eigenwüchsig ist das Übergewicht der daraus abgeleiteten Hypothesen, die gruppenspezifische modische Bedürfnisse und Vorstellungen gesellschaftlicher Zustände auf das Bild der Gesamtgesellschaft übertragen. Eigenwüchsig ist der unheilverkündende tiefe deutsche Ernst, mit dem dies geschieht, während sich Angloamerikaner und Franzosen temperamentvoller und einfallsreicher auf hypothetischen Spielwiesen zu tummeln pflegen, aber nicht so leicht der Täuschung verfallen, das Abbild solcher Spielwiesen mit der Gesellschaft zu verwechseln. Eigenwüchsig ist die nostalgische Naturromantik und die Stilisierung bundesrepublikanischer Müllhalden zur Szene der Götterdämmerung. Eigenwüchsig ist die neuerdings die Neue Linke mit der Neuen (und alten) Rechten verbindende Geringschätzung angelsächsisch-demokratischer Tugenden, die gemeinsame Verachtung der Rationalität der wissenschaftlich-technischen Zivilisation, die Verachtung des pluralistischen Interessenausgleichs, der nicht mehr differenzierend kritisiert, sondern schlicht geleugnet wird: die Verachtung des „seichten“ common sense.

Eigenwüchsig ist ein Ausspruch wie dieser:

„Ich kann nicht leugnen, daß ich von diesem deutschen Hang zum Absoluten, von dieser Verbohrtheit und Dickschädeligkeit auch fasziniert bin, den Sachen auf den Grund gehen, auch auf den Grund des Schreckens, nicht beim seichten common sense stehenbleiben. Tief, unergründlich, rätselhaft sein. Gegenpart dazu sind die angelsächsischen Kulturen: verschiedene Ansätze, Lebensweisen, können nebeneinander bestehen. Das ist auch wirklich faszinierend: verschiedenes kann tatsächlich auch nebeneinander bestehen, wird akzeptiert — die angelsächsische Toleranz ist eine Tugend, und uns Deutschen geht sie weitgehend ab. Aber sie hat auch ihr Negatives: alles dulden, an der Oberfläche bleiben, alles mit allem vereinbaren und versöhnen wollen: Seichtigkeit... Ich werde die deutschen Schrecken gewiß nicht vergessen, überspielen. Wo das deutsche Grauen liegt, da liegt auch ganz nah dabei die deutsche Faszination. Und ich möchte mich beidem nähern. Gefährlich ist das gewiß — wer das aber faschistoid nennt, der beeindruckt mich nicht mehr... Kurz und gut: ich denke, wir werden mit dem deutschen Schrecken nur umgehen können, wenn wir unser Deutschsein nicht länger leugnen. Ich bin diesem Deutschland nicht nur verhaftet, ich



liebe es auch. Und ich will eine Linke, die nicht ‚kosmopolitisch‘, sondern auch ‚deutsch‘ ist. Die den Mangel an politischer Kultur in Deutschland nicht dadurch aufheben will, daß sie auf den Zug der anderen Länder aufspringt,

sondern dadurch, daß sie eine spezifisch deutsche Kultur entwickelt ...“<sup>18)</sup>)

Trotz aller Erfahrungen: Wird Bonn doch Weimar?

## Die Parteien unterschätzen die Herausforderung

Die Quintessenz dieser und aller anderen hier behandelten Fragen zielt auf die Ursachen eines Realitätsverlustes, dessen gefährlichste Symptome sich im Zusammenfluß rechter und linker Ausgliederungsbedürfnisse zeigen. Sie zielt auf die Fähigkeit vor allem der herausgeforderten Parteien, die Eigenart und den Grad dieser Herausforderung zu verstehen. Dies setzt eine Bereitschaft zur Selbstanalyse in allen Parteien voraus. Hierzu sollen abschließend einige Anhaltspunkte gegeben werden:

1. Die quantitative Herausforderung durch die Protestbewegung wirkt unmittelbar, aber unterschiedlich, auf alle Parteien als Drohung des Stimmenentzuges. Sie wird von SPD und FDP aufgrund ihrer Wählerstruktur (vor allem wegen ihres Anteils an Wählern der jüngeren Altersschicht) zunächst als Störfaktor empfunden, während die Unionsparteien, in Verkennerung möglicher späterer Wirkungen, die sich auch gegen sie selbst richten können, diesen Störfaktor per Saldo in ihr Erfolgskalkül einbeziehen. Weitgehend übersehen wird dabei, daß die, vordergründig betrachtet, geringe Quantität eines jetzt in Wahlen realisierbaren Protestpotentials von etwa drei bis fünf Prozent über die Qualität der Herausforderung hinwegtäuscht, die in bestimmten Konstellationen auch einen weit größeren Teil des Sympathiepotentials jüngerer Wählerschichten von SPD und FDP, längerfristig aber auch der Unionsparteien, mobilisieren könnte.

SPD und FDP betrachten mit süßsäuerlichem Wohlwollen die Bemühungen von Jungsozialisten und Jungdemokraten, ein abdriftendes Potential junger Wähler zu halten, indem sie sich zum Teil mit der Protestbewegung gegen ihre eigenen Parteien solidarisieren. Diese Integrationsversuche verlaufen hart am Rande einer Desintegration von Jungsozialisten und Jungdemokraten aus ihren Mutterparteien. Jungsozialisten und Jungdemokraten bedienen sich zum Zweck der Integration junger Wähler oft der gleichen Argumente wie die Systemopposition, ohne daß ihnen die Mehrheit in ihren Mutterparteien dabei auch nur widerspräche. Der auf diese Weise vermittelte Eindruck wirkt als Integrations- und Orientie-

rungsschwäche der Parteien auf die allgemeine Einschätzung der Parteien.

2. Die Parteien haben die Art der Herausforderung nicht verstanden. Sie sehen sich mit einem Sammelsurium von Bewegung konfrontiert, gegen das sie sich nur punktuell verteidigen, wo sie punktuell angegriffen werden. Sie sehen in der vielschichtigen und unstimmgigen Radikalität der Bewegung unauflösliche, die Handlungsfähigkeit der Bewegung lähmende Widersprüche. Sie verkennen, daß gerade diese widersprüchliche Offenheit die Bewegung befähigt, die Teilinteressen unmittelbar Betroffener an den empfindlichsten Schwachstellen der Gesellschaft, ungeachtet der Verantwortung einer Güterabwägung, zu mobilisieren.

3. Die Parteien verkennen, daß der ideologische Kern der Bewegung mit dem Angriff auf die ökonomische Basis den Grundkonsens aufkündigt, der auf Gedeih und Verderb zur kontinuierlichen, sozialfriedlichen Egalisierung der Chancen von den Voraussetzungen abhängt, die die Leistungsfähigkeit und damit die Realisierbarkeit von Reformen bei wachsenden Ansprüchen sichern.

4. Das System der parlamentarischen Demokratie wird gefährdet, wenn es die Parteien versäumen, die Schwierigkeitsgrade der Güterabwägung im pluralistischen Interessenausgleich transparent zu machen. Die Erhaltung der Parlamentarischen Demokratie hängt mehr denn je unmittelbar ab von ihrer Kraft, die Prioritäten der Güterabwägung offen zu diskutieren. Breite Partizipation an sachpolitischen Entscheidungen muß ein Grundverständnis von Politik festigen, das die Konfliktfähigkeit im Interessenkampf stärkt. Ideologische Polarisierung führt zur Desintegration des nicht genutzten sachpolitischen Partizipationsangebots der Bürger und fördert Ausgliederungstendenzen, die entweder in Protestbewegungen oder in Resignation münden.

<sup>18)</sup> Äußerung Thomas Schmits, in: H. Brüggemann u.a., Über den Mangel an politischer Kultur in Deutschland, Berlin 1978.



5. Die ökologische Problematik stellt die Parteien vor die hohe Belastungsprobe, Schwierigkeitsgrade der Güterabwägung zu vermitteln, die das bisher als verträglich angesehene Maß von Unpopularität bei weitem überschreiten. Sie können dieser Belastungsprobe nicht länger ausweichen, auch wenn plötzlich auftretende Einbrüche (wie die Afghanistan-Krise etc.) oder eine als Reaktion auf solche Ereignisse ohne große Störung gewonnene Wahl das Interesse am Thema aus den Schlagzeilen verschwinden läßt, als sei es nie dagewesen. Sie können sicher sein, daß das Thema bei nächster Gelegenheit genauso rasch wieder auftaucht, denn es ist und bleibt eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Thema unserer Gegenwart und Zukunft.

6. Es ist darum unerläßlich, daß sich die Parteien dem ökologischen Thema stellen, vorbehaltlos offen in der Abwägung der Risiken und des Preises aller möglichen Alternativen. Nur die keine Unpopularität scheuende schonungslose Transparenz konfliktreicher Güterabwägung kann den Weg in einen Dialog öffnen, in dem sich die ökologisch Engagierten vom Systemangriff eines revolutionären Ökologismus distanzieren werden. Nur dann wird es möglich sein, die latent bleibende Gefahr zu bannen, in der sich die Enttäuschung zurückgewiesener Partizipationsbereitschaft mit der Aggressivität der unversöhnlichen Gegner unserer Ordnung zu einer systemsprengenden Kraft vereinigen könnte.



## **Hellmut Glubrecht: Kann man nur für oder gegen Kernenergie sein?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/80, S. 3—11

Während die Menschen im allgemeinen gegenüber neuen Technologien neutral eingestellt sind oder sie allenfalls nach dem Nutzen oder Schaden beurteilen, den sie bei ihrem ersten Einsatz verursacht haben, gibt es gegenüber der Kernenergie große Gruppen prinzipieller Gegner und prinzipieller Befürworter. Dies beruht in beiden Fällen auf einer Vielzahl von Gründen. Die Kernenergiegegner sehen Kernkraftwerke nicht nur in einer gewissen Beziehung zu Kernwaffen, sondern betrachten die Kerntechnik und die ihr zugrunde liegenden physikalischen Vorgänge generell als etwas Zerstörerisches, das Mensch und Umwelt in gleichem Ausmaße gefährdet. Weitere Argumente dieser Gruppe erwachsen aus einem tiefen Mißtrauen gegenüber der Kernkraftwerksindustrie, die in den fünfziger Jahren etwas zu optimistische Erwartungen hinsichtlich der Kernenergie geweckt hat und die darüber hinaus geneigt ist, heute die Entwicklung von „soft technologies“ als nicht sehr aussichtsreich abzutun.

Von der Gegenseite wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß nicht nur Radioaktivität und die damit verbundenen Strahlen, sondern sogar die Kernspaltung selbst Prozesse sind, die es in der irdischen Natur von Anfang an gegeben hat. Auch die Wirkung von Kernstrahlen ist nicht etwas vollkommen Neues und Einmaliges, vielmehr kennen wir Hunderte von Chemikalien, die sich in unserer Umgebung befinden und ebenfalls Krebs, Leukämie und Erbschäden erzeugen können.

Zieht man eine Bilanz aus den von beiden Seiten vorgebrachten Argumenten, so zeigt sich, daß die Kernenergie wohl nicht ein qualitatives, aber ein quantitatives Problem ist. Es wird darauf ankommen, ihre Entwicklung so unter Kontrolle zu halten, daß gegebenenfalls für die dringend weiter zu entwickelnden alternativen Energieumwandlungsverfahren hinreichend Raum bleibt, wenn sie technische Reife erlangt haben. Als endgültige Lösung des Energieproblems kann die Kernspaltung nicht angesehen werden.

## **Harry Tallert: Protest als Programm — Aspekte der Öko-Bewegung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/80, S. 12—30

Politische Auseinandersetzung mit der ökologistischen Ideologie kann nur sinnvoll sein, wenn sie sich der unvermittelten tiefen Gegensätze im Grundverständnis von Umwelt und Politik bewußt wird. Von einer Neigung der Herausgeforderten, sich dem Konflikt auf diese Weise zu stellen, ist noch wenig zu spüren. Stattdessen konzentrieren sie ihre Aufmerksamkeit auf die möglichen Störwirkungen der Grün-Bunten bei der kommenden Bundestagswahl.

Es wird weitgehend übersehen, daß die — vordergründig betrachtet — geringe Quantität eines jetzt in Wahlen manifestierbaren Protestpotentials von etwa drei bis fünf Prozent über die Qualität der Herausforderung hinwegtäuscht, die in bestimmten Konstellationen einen weitaus größeren Teil des Sympathiepotentials jüngerer Wählerschichten von SPD und FDP, längerfristig aber auch der Unionsparteien, mobilisieren könnte. Die Parteien sehen in der vielschichtigen und diffusen Radikalität der Bewegung unauflösliche, die Handlungsfähigkeit der Bewegung lähmende Widersprüche. Sie verkennen, daß gerade diese widersprüchliche Offenheit die Bewegung befähigt, die unterschiedlichsten Teilinteressen unmittelbar Betroffener an den empfindlichsten Schwachstellen der Gesellschaft, ungeachtet der Verantwortung einer Güterabwägung, zu mobilisieren.

Einer der wichtigsten Gründe für die Mißverständnisse um die ökologistische Bewegung ist eine spezifische Kommunikationsstörung zwischen den Altersgruppen der Jungen und jenen Altersgruppen, die das Ende des Zweiten Weltkrieges als Erwachsene oder Heranwachsende noch bewußt erlebt haben. Nach der Eigenart ihres Personals muß die Öko-Bewegung als das zur Zeit bedeutendste Experimentier- und Aktionsfeld einer neuen Jugendbewegung betrachtet werden.

Die Parteien verkennen, daß der harte ideologische Kern der Bewegung mit dem Angriff auf die ökonomische Basis den Grundkonsens aufkündigt, der auf Gedeih und Verderb zur kontinuierlichen, sozialfriedlichen Egalisierung der Chancen von den Voraussetzungen abhängt, die die Leistungsfähigkeit und damit die Realisierbarkeit von Reformen bei wachsenden Ansprüchen sichern.

Die ökologische Problematik stellt die Parteien vor die große Belastungsprobe, Schwierigkeitsgrade der Güterabwägung zu vermitteln, die das bisher als zumutbar angesehene Maß an Unpopularität bei weitem überschreiten. Sie können dieser Belastungsprobe nicht länger ausweichen, auch wenn plötzlich auftretende Einbrüche (wie die Afghanistan-Krise) oder eine als Reaktion auf solche Ereignisse ohne große Störung gewonnene Wahl das Interesse am ökologischen Thema — zeitweilig — aus den Schlagzeilen verschwinden läßt. Die Parteien können sicher sein, daß das Thema bei nächster Gelegenheit wieder auftaucht, denn es bleibt eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Thema unserer Gegenwart und Zukunft.